

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Mittwoch, den 7. Dezember 1892.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Parteigenossen!

Mit dem Abschlusse der nachstehenden Quittung hat der bisherige Kassierer der Partei, August Bebel, sein Amt niedergelegt und dasselbe auf den neugewählten Kassierer

Albin Gerisch

übertragen. Es sind deshalb von jetzt ab alle Geldsendungen oder Anfragen, welche sich auf Kassenangelegenheiten beziehen, ausschließlich an

Albin Gerisch,

Berlin SW., Kagbachstr. 9, 1 Treppc

zu richten. Die Genossen werden dringend ersucht, auf diesen Adressenwechsel genau zu achten und bei ihren Sendungen sich danach zu richten.

Mit sozialdemokratischem Gruss

Berlin, den 6. Dezember 1892.

Der Parteivorstand.

Quittung.

Im Monat November gingen bei dem Unterzeichneten ein:

a) An freiwilligen Beiträgen:
Freiburg i. B. 20.— M. Grimmen, gesammelt von 8 rothen
Kleber 2.25. Bürgerkassier Adersdorf 3.20. Von den Vätern
der Köhler'schen Werkstatt, Bau Stübchenstraße, Berlin 4.20.
Hamburg i. B. 15.— Bremerhaven, 1. Andersen 1.10. Wänterscheid
u. d. bewohnten Köthen 8.20. Dr. S. A. Berlin 20.— Berlin
(Pommern) 80.— Von den Pächtern der Firma Gebr.
Wendner, Orlau i. Schl. 9.05. Wilmersdorf, Grundstein zur
Gartenzeit 2.00. Wänterscheid i. Schl. 25.— Karlsruhe,
Ueberschuss vom "Wahren Jakob" 8.— III. Hamburger Wahl-
kreis 8000.— Von der rothen Holzauktion zwischen Bremer-
haven und Bremen 11.00. Freiberg i. Sach. durch O. B. 5.—
Pforzheim, von den Genossen an der Werberbrücke 7.15.
Dresden N. Der schöne Karl 10.— Geesemünde, gesam. bei
einer Geburtstagsfeier von den lustigen Brüdern 6.85.
Hann i. Sachl. Proletariatshochzeit 1.25. Brandenburg gef.
Hochzeit der rothen Puppe 3.— Krefeld gef. bei einer feiden
Hochzeit 5.00. Kassel von einem Festhaften 15.— Kiel-
Landen von dem unter dem Sozialistengesetz aufgelösten
Schiffbau-Verein 85.20. Forst i. L. 100. Andree 2.20.—
Lambrecht 11 (darunter Land'scher Frankend 1.—).
Berlin, Ueberschuss vom Gratefest in Kämpel's Park-
hof, nasses Treck 10.— Neumünster, gesammelt durch
die rothen Geburtstagskinder in der Bigelstraße 5.—
Minden, von einer Hochzeit in Handberg 2.— Dresden,
gef. u. d. rothen Lithographen und Steinbildern zu Senefelder's
Geburtstag im Cafe König 5.— Dresden-Schleibge rothe Hoch-
zeit durch B. M. 2.80. Solingen, gef. u. d. lustigen Vögel bei
Rothf. 3.30. Pforzheim, von den Genossen im Thal 10.— Berlin,
ein Verlobter 20.— A. B. 150.— B. S. 60.— Rostock, ge-
sammelt bei einer silbernen Hochzeit 1.50. Jütchow, gef. auf
einer rothen Hochzeit 3.20. Genossen im Kreis Essen 100.—

Genossen von Goldlauter-Heidersbach 15.— 5. Berliner Wahl-
kreis 200.— Kottbusch-Fabrik Rochstraße, Berlin 4.— Magde-
burg, durch C. L. 2.65. 6. Berliner Wahlkreis 60.— Gesang-
vereine Vorbeertranz und Niederlust Berlin 60.— Vom ersten
Norddeutschen Verbandsfest der Köper, Hamburg und Umgegend
60.— Gullungen bei Pforzheim 10.— Von den röstlichen Ferien-
kolonisten Spremberg 6.— Werkstatt Johans, St. Veichen 88.
Hamburg 7.— Ueberschuss von der verbotenen Fahnenweihe
Langenberg (Neuh) 50.— Gesammelt auf einer rothen Hochzeit
in Pflingen bei Düsseldorf 1.50. N. Berlin 7.— Von 3 Knöpfe
arbeiterinnen Berlin 4.— Partis-Ueberschuss des Vereins der
Gastwirthe Berlin 4.— Hamburg-Albeck, Hasselbrookstraße,
Oppermann's Bau 7.— Hamburg, vom Bau der neuen
Koppel, Alsterweg 20.— Berlin, die rothen Buchbinder
in der Grünstraße 5.— Hof i. B. 7.— Spandau,
Juliusstrasse 10.— Von den rothen Brüdern Proben-
straße 3.— Von 2 Puhern und 1 Schneider 3.— Treppen-
Vierdeca von einigen Dresdener Porzellanern 5.— Heinsberg
i. S. gef. bei einer Geburtstagsfeier im Bergkeller 14.—
I. Hamburger Wahlkreis 3000.— Larmbeck, Niederstafel
Fröhlichkeit von 1889 19.— Güttenberg Berlin 100.—
IV. Berliner Wahlkreis Osten 600.— darunter 36 M. Ent-
behrungslohn von Jaale und 6 M. Entbehrungslohn von Polje,
20.85 Van Charlottenburg, Gormaststraße, D. S. Berlin 3.—
Lantes Geburtstags Wehlar 2.25. Histerwalde 20.50.
darunter 5.00, gef. bei einem gesundheitlichen Beisammensein bei
dem dicken 3). II. Berliner Wahlkreis 503.85. VI. Berliner
Wahlkreis Rosenhaller Vorstadt 26.50 (darunter 6.50 von den
schlafenden Töpfern, 20.— Klub Heide Wölfe). Gesammelt
bei der Geburtstagsfeier des rothen Vertram Berlin
2.— Graevensteden im Elbass 1.20. Burzen 10.— Isehoe
100 Mark. IV. Berliner Wahlkreis S. O. 548.75 Mark. (dar-
unter: Gdlicher und Sorauer-Gefe 25 M., Kottbuscher-
Tamm 2.— Extra-Einnahme von Joel 10.— Teheransammlung
am 1. Dezember 34.60 M.). Niederstafel Berlin 8.—
III. Berliner Wahlkreis 200.— Ferner gingen aus Berlin ein:
vom Zensel 5.— Ungenannt — 50. Die Proletarier bei Her-
feldt, Alexandrinenstr. 12. 40.— Mollerlohn 30.— Von Ernst
Hogge und Kollegen 15.50. Pflorschenverein Wedding 3.40.
J. K. 2.— Ueberschuss der Musiker Berlin 78.20. 8. Berliner
Wahlkreis, Draniensburger Vorstadt 193.10 (darunter 15.— Lesel-
klub "Neue Zeit" und 1.40 Gesangverein "Steinwelle").

b) Für Mitgliedszeichen:
Goslar 25.20. Bayreuth 25.— Straßund 5.— Leipzig
450.— Charlottenburg 10.—
Berlin W., den 5. Dezember 1892.

Für den Parteivorstand
A. Bebel, Groß-Börsenstr. 22a.

Fäulnis.

Der Panama-Skandal hat in Frankreich die weitesten
Vollstrecke bis in die tiefsten Tiefen aufgerührt und auf-
gerüttelt. Von den zehn Milliarden — zehntausend
Millionen Franken — die das Schwindelunternehmen ver-
schlungen hat, stammen mindestens zwei Drittel aus fran-
zösischen Taschen. Und, wie bei allen dergleichen Unter-
nehmungen, sind es die Kleinen und mittleren

Leute, die geprellt worden sind, denn die kundigen Groß-
spekulanten und Börsenbankiers, welche die Sache in Szene
setzten, haben, wenn sie nicht Idioten sind, reichlich Gelegen-
heit, die Hundmillionen, die sie zur Ausfuhrung der "Dummen"
auf dem Papier zur Schau stellen, rechtzeitig wieder einzus-
sacken, und zwar verstärkt durch drei und zehnmal so viel
Millionen der "Dummen", die reich werden wollten, und
nur die koupon- und deutelschneidenden Millionäre noch
reicher gemacht haben.

Man schätzt die Zahl derer, die in Frankreich durch
den Panama-Schwindel ganz oder theilweise um ihre Spar-
pfeinnige gekommen sind, auf zwei Millionen. Und dieser
Umstand erklärt es, wie die Entrüstung der Jugend über
den gigantischen Milliardenbetrug so elementar-gewaltig
werden konnte, daß der Kapitalismus, trotz seiner un-
geheuren Nachmittel, trotz seines fast schrankenlosen Ein-
flusses auf die Presse, nicht im Stande gewesen ist, den An-
sturm gegen die Schuldigen zu verhindern und abzuwehren.
Alle Versuche, die öffentliche Meinung irre zu führen, den
Zorn des Volkes zu entwaschen oder von den Schuldigen ab-
zulenkeln, sind mißlungen; und, wird die Untersuchung auch
nicht die volle und ganze Wahrheit an den Tag ziehen, so
ist doch jetzt schon für Jeden der Augen hat zu sehen und
Ohren zu hören, die Thatsache festgestellt, daß die ganze
kapitalistische Bourgeoisgesellschaft bis
in die obersten Regionen hinauf — die "hohe Finanz"
und die "hohe Politik" in brüderlichem Bund, —
die Sterne des Millionärhimmels, und die Götter des poli-
tischen Olymps — das sie alle, alle in dem Sumpfe der
Korruption gewatet haben, wenn auch nicht alle von den
goldenen Früchten des Giftbaums, der in diesem Sumpfe
zu riesigem Umfang emporgewachsen ist, persönlich genossen
haben mögen. Fäulnis in der Gesetzgebung, Fäulnis in der
Regierung, Fäulnis überall.

Und alle bürgerlichen Parteien, alle ohne Ausnahme,
Konservative, Merikale, Antisemiten, Boulangeristen, die Re-
publikaner und bürgerlichen Demokraten der verschiedenen
Schattirungen — alle haben sie in dem Sumpfe gewatet,
alle stehen und stecken sie in dem Sumpfe.

Außerhalb dieses Sumpfes, auf festem, festigem
Grund steht nur eine Partei, die sozialistische, und
hinter ihr in dichten Scharen das Proletariat und die
übrigen gesunden Elemente des Staats, die noch nicht an-
gefressen sind von dem Krebs der kapitalistischen Spitzbuben-
praxis und Spitzbubenmoral.

Eine herrliche Gelegenheit für unsere französischen Ge-
nossen!

Und eine herrliche Gelegenheit für uns! Denn, wie
der Kapitalismus international ist, so ist es auch die
Fäulnis des Kapitalismus, so sind es auch seine Praktiken.
Die "Böhmerei" unserer pharisäerhaft auf ihre Sitten-
reinheit pochenden deutschen Bourgeoisie, die Schienen-
flattereien, die Bismarck'sche Depeschenredaktion — das ist
dieselbe Spitzbubenpraxis und Spitzbubenmoral, wie der
Helden des Panama-Riesen-Skandals.

Feuilleton.

Bel-Ami.

Roman von Guy de Maupassant.

Rastlos bewegten sie die Finger seiner beiden Hände,
bis auf den... wickte. Und die Fingern, die er beim Neben-
mache, waren noch schrecklicher, als seine Worte, weil sie
kühlten ließen, an welche fürchterliche Dinge er dachte.
Duroy fühlte die Worte Robert's von Baronne ein,
die er wenige Wochen zuvor zu ihm gesagt hatte:
"Nicht sehe ich den Tod so nahe vor mir, daß ich oft
die Hände ausstrecken möchte, um ihn zurückzustoßen...
Neberrast entbede ich ihn... Der Wurm, der auf dem
Wege zertreten ist, die fallenden Blätter, das erste weiße
Haar, das ich im Bart eines Freundes entbede: es zerreißt
mir das Herz und ruft mir zu: Da ist er!"
Tarnals hatte er die Worte nicht verstanden, jetzt aber
begriff er sie, als er Forestier sah. Eine schreckliche Angst,
wie er sie noch nie empfunden, überfiel ihn, als fähe er dort
auf dem Stuhl, wo der Kranke nistham nach Athem rang,
den höchsten Tod selber so nahe sitzen, daß er ihn mit
seinen Fingern hätte berühren können.
Am liebsten wäre er aufgestanden und fortgelaufen und
mit dem nächsten Zuge nach Paris zurückgekehrt. Wenn
er das hätte ahnen können, wäre er gar nicht gekommen.
Die Nacht hatte sich jetzt über das Zimmer gebreitet,

als wäre frühzeitig ein Traverschleier auf den Sterbenden
gefallen. Nur das Fenster blieb noch sichtbar und in seinem
helleren Viereck zeichnete sich der unbewegliche Schattenriß
der jungen Frau ab.
Forestier fragte gereizt: "Bringt man heut überhaupt
noch eine Lampe? Das heißt nun Plage."
Der Schatten am Fenster verschwand, und man hörte
den hellen Ton einer elektrischen Glocke durch das Hans-
lingen.
Wald erschien ein Diener und setzte eine Lampe auf den
Kamin.
"Wißt Du Dich niederlegen, oder kommst Du zum
Diner hinunter?" fragte Frau Forestier ihren Gatten.
"Ich komm' hinunter", murzte er.
Und die drei warteten fast eine Stunde noch still auf
das Mahl. Inzwischen sprach irgend einer ein Wort, ein
überflüssiges, banales Wort, als drohte Gefahr, geheimniß-
volle Gefahr, wenn ihr Schweigen zu lange währte, als
könnte die Luft des Zimmers sonst erstarren, in dem der
Tod umging.
Endlich war das Mahl bereit. Es schien Duroy un-
endlich lange zu währen. Keiner sprach ein Wort, jeder sah
schweigend und zerkümmelt dann Brot mit den Finger-
spitzen. Der Diener wartete auf, er kam und ging ge-
räuschlos, denn da Charles das Knarren der Stiefelsohlen
nicht vertragen konnte, mußte er Filzpannoseln tragen.
Nur das scharfe Tiktak einer Schwarzwalder Uhr
störte mit seinem mechanischen, regelmäßigen Geräusch die
Stille.
Sobald das Mahl vorüber war, zog sich Duroy unter
dem Vorwand ermüdet zu sein in sein Zimmer zurück.
Dort stützte er sich mit dem Ellenbogen auf das Fenster-

brett und sah, wie der Vollmond, der wie eine riesige
Lampenglocke am Himmel hing, sein kaltes, unbestimmtes
Licht auf die weißen Mauern der Wille warf und auf das
friedliche Meer zitternde Lichtschuppen.
Er suchte nach einem Vorwand zur schleunigen Abreise
und entwarf allerhand Pläne. Wie wäre es, wenn er von
einem Telegramm des Herrn Walter sprach, das ihn sofort
nach Paris rief?
Als er aber am nächsten Morgen erwacht, erschienen ihm
diese Fluchtpläne doch schwer durchzuführen. Frau Forestier
würde sich durch seine Anstüchte nicht täuschen lassen und so
konnte er durch seine Feigheit leicht jeden Lohn für seine
Dienstwilligkeit verlieren. "Ach was," sagte er sich schließlich,
"es ist ja dumm, aber es hilft eben nichts. Es giebt eben
unangenehme Tage im Leben. Lange kann es schließlich ja
doch nicht dauern."
Ein blauer, südlicher Himmel sah zum Fenster hinein,
der das Herz mit Freude erfüllt. Duroy spazierte zum Meer
hinunter, denn er dachte, daß er Forestier noch immer
zeitig genug im Laufe des Tages zu Gesicht bekommen
würde.
Als er zum zweiten Frühstück zurückkam, sagte der
Diener zu ihm: "Der Herr hat schon zwei oder drei Mal
nach Ihnen gefragt, Herr Duroy. Würden Sie wohl die
Güte haben, zu ihm zu kommen?"
Er ging hinauf. Forestier schien in einem Lehnstuhl
zu schlafen. Seine Frau lag auf dem Sopha und las.
Der Kranke hob den Kopf. "Nun, wie geht's?" fragte
Duroy. "Du siehst ja heute viel frischer aus."
"Ja, ich fühle mich wohler," lächerte Forestier,
"und viel kräftiger. Ich mir woch mit Madeleine. Wir
wollen einen Ausflug im Wagen machen."

Petitionen an den Reichstag.

Das erste Verzeichnis der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen umfaßt 2868 Nummern. Auf die Zulassung der Frauen zum Studium beziehen sich allein 1264 Nummern; der Verein „Frauenbildungs-Reform“ in Weimar verlangt die Zulassung der Frauen zum Studium der Medizin und Philosophie; der Vorstand des Allgemeinen deutschen Frauenvereins (252 Petitionen mit 5476 Unterschriften) und Frau Mathilde Schäfer zu Leipzig und Genossen (252 Unterschriften) bitten, die Frauen zum ärztlichen Studium an den deutschen Universitäten zuzulassen und ihnen die Ausübung des ärztlichen Berufs zu gestatten. Ueber 300 Petitionen sind auf Aufhebung des Impfwangs gerichtet. Von ehemaligen Militärs und Invaliden sind über 200 Petitionen eingegangen, die sich auf die Invalidenpension beziehen. Ein Theil der Petenten bittet, allen in ihrer Gesundheit geschädigten ehemaligen Soldaten, welche die Kriege 1866 und 1870/71 mitgemacht haben und theilweise noch nicht als Invaliden anerkannt sind, eine Invalidenpension, resp. eine Erhöhung derselben zu gewähren; eine Anzahl Kriegsinvaliden bittet um Aufbesserung ihrer Pensionen, Versorgung ihrer Wittwen und Waisen, Entschädigung für Nichtbenutzung des Zivildienstes und erneute Prüfung der Ansprüche derjenigen Kombattanten, deren Invalidität sich erst später herausgestellt hat, die aber keine Pension beziehen; ferner wird gebeten, den militärpensionberechtigten Zivilbeamten die Militärpension neben dem Zivileinkommen zu gewähren. Eine Anzahl Petitionen verlangt Einschränkung der Gewerbe-, Reichthum-, des Haushandels, der Abzahlungs-Geschäfte, der Ausverkäufe, Verbot des Handelsbetriebes durch Detailverkauf; eine Anzahl Petitionen ersucht wiederum, von jeder Beschränkung des Kunstgewerbebetriebes Abstand zu nehmen. Ein Innungsverband will Einführung des Befähigungsnachweises. Eine Anzahl Petitionen richten sich gegen die Sonntagstruhe in Handelsgewerbe und verlangten Erweiterung der Verkaufsstunden; die Kreisgenossenschaft wünscht dagegen die Sonntagstruhe auch auf das Schaafgewerbe auszudehnen. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes wird in mehreren Petitionen verlangt, wogegen der Superintendent Heuser zu Hiesmühl und der Stadtrat zu Sonnenhagen die Beibehaltung des Jesuitengesetzes verlangen. Gegen die Thiermishandlungen, wie sie in dem verachteten Disanztritt vorgekommen sind, wenden sich mehrere Thiergeschütze. Die Revision des Invaliditäts- und Alters-Versicherungsgesetzes wird mehrfach verlangt. Mehrere Petitionen wollen eine Untersuchung der rabbinischen Geschbücher des Judenthums. Eine ganze Masse anderer Wünsche sind gleichfalls Gegenstand von Petitionen. Zum Schluß sei hier noch erwähnt die Petition von Max Stephan zu Leipzig-Vollmarsdorf, der um Bewilligung einer Entschädigung für die Nachteile, welche er durch seine auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgte Ausweisung aus der Stadt und Amtshauptmannschaft Leipzig erlitten hat, bittet. Der Petent mag sich mit seinen vielen Leidensgenossen trösten. Der Mann dessen Gewissen nicht vor der Gasse Depeschenfaltung zurückbehielt, scherte auch nicht davor zurück, das Aitenlat des Nationalliberalen Dr. Koblitz zu einem Aitenlat gegen die Sozialdemokratie auszuwählen. Die herrschenden Massen haben sich zu Erben der Bismarckschen Anschläge gemacht und die Verantwortlichkeit für dieselben übernommen. Eine freiwillige Anerkennung ihrer Schuld, ein Bekenntniß von ihnen zu verlangen, heißt ihnen zu viel zumuthen. Die Forderung des Genossen Stephan hat also zu warten, bis auch noch andere Schulden der herrschenden Massen getilgt werden.

Was wird das Schicksal fast all dieser 2868 Petitionen sein? Wie viele von ihnen werden auch nur von der Petitionskommission beachtet werden? Ob einige von ihnen im Reichstage selbst überhaupt zur Sprache gelangen werden? Der Reichstag hat wenig Zeit zur Volksvertretung. Seine Zeit ist vollumfänglich Anspruch genommen, wo es gilt, das Volk zu belassen oder die Entscheidung zurückzuführen auf die Pfad, auf welche alle Dunkelänner einzeln einzuwirken. Es wird schon als etwas Besonderes angesehen, daß der Reichstag sich wie der preussische Landtag einen sogenannten Schwerinstag für die Anträge aus seiner Mitte vorbehalten hat. Wochen hindurch werden ihn vorerst die Militärvorlage, die neuen Steuergesetze, die lex Heinze, das Transfusionsgesetz und Gesetze ähnlichen Kalibers beschäftigen, und er dürfte kaum dazu gelangen, einige aus der eigenen Mitte hervorgerohene Gesetzentwürfe zu erledigen, was übrigens auch kein weiteres Resultat haben dürfte, als daß der Bundesrath sich begnügt, von ihnen Kenntniß zu nehmen ohne ihnen Folge zu leisten.

Was wird mit den Petitionen? Unter ihnen sind sehr schwerwiegende, die wohl würdig wären, von der Volksvertretung eines Kulturstaates eingehend beraten zu werden. Aber woher soll der Reichstag die Zeit nehmen? Wohl gäbe es dazu ein einfaches Mittel! Die Vorlagen der Regierungen mögen warten. Das Volk hat keinen Schaden, wenn es mit den neuen Regierungsvorlagen etwas später beglückt wird. Der Reichstag ist es dem Volke und seiner eigenen Würde schuldig, sich nicht bloß im Schlepptau der Regierung zu bewegen, sondern die Volkswünsche, welche die Regierung nicht aus eigenem Antrieb berücksichtigt, selbständig zum Ausdruck zu bringen.

So genannt nach dem Grafen Schwerin, auf dessen Antrag im preussischen Abgeordnetenhause beschloffen wurde, einen Tag in der Woche für die Anträge aus dem Hause und die zur Plenarberatung kommenden Petitionen vorzubehalten.

Als die junge Frau mit Duroy allein war, sagte sie: „So ist er nun! heut glaubt er, er ist gerettet. Seit heut morgen schmiedet er Pläne. Wir sollen sofort am Golf Juan Jagenzen für unsere Wohnung in Paris kaufen. Er besteht darauf dahin spazieren zu fahren. Aber ich habe schreckliche Angst, daß ihm etwas widerfährt. Er kann die Wagenfische ja nicht mehr aushalten.“

Als der Wagen vor der Thür stand, stieg Forestier auf den Diener gestützt Stufe für Stufe die Treppe hinab. Sobald er aber bemerkte, daß der Landauer geschlossen war, wollte er ihn aufgeschlagen haben.

Seine Frau versuchte zu widersprechen: „Du wirst Dich erkälten. Es ist ja der reine Wahnsinn!“

Aber er gab nicht nach: „Nein, ich will es so haben. Es ist mir zuträglich.“

Zunächst ging es schattige Alleen hinab, immer zwischen Gärten hindurch, die aus Cannes eine Art englischen Park machen. Dann bog der Wagen in die nach Antibes führende Landstraße ein, die immer am Meer entlang läuft.

Forestier erklärte die Gegend. Zuerst zeigte er die Villa des Grafen von Paris, dann nannte er andere. Er war fröhlich, aber seine Fröhlichkeit war gemacht und künstlich; der reine Galgenhumor. Er konnte vor Schwäche nicht mehr den Arm hochheben und deutete nur mit dem Finger.

„Scht Ihr, dort ist die Insel Sainte-Marguerite und das Schloß, aus dem Bazaine entsprungen ist.“

Nun erinnerte er sich an seine Soldatenzeit. Er nannte die Namen von Offizieren, und das brachte ihn auf allerhand Geschichten. Aber plötzlich machte der Weg eine Wendung, und vor ihnen lag der Golf Juan in seiner ganzen Ausdehnung mit dem weißen Dörschen im Hintergrund und der Landspitze von Antibes am andern Ende.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 6. Dezember.

Der Gesetzentwurf über die Aenderung des Wahlrechts in Preussen liegt noch den Berliner Politischen Nachrichten bereits dem Staatsministerium vor. Das Dreiklassen-Wahlrecht wird in demselben beibehalten. —

Dem preussischen Abgeordnetenhause ist heute ein Gesetzentwurf über die Gehaltsaufbesserung der Volksschullehrer zugegangen. —

Die Statistik der Analphabeten giebt nur einen sehr unzutreffenden Maßstab für die Volksbildung. Mühselig schreiben und lesen oder auch nur seinen Namen schreiben zu können, ist noch kein Zeichen auch nur der geringsten Bildung. Man liest es, in der Abnahme der Analphabeten einen ungeheuren Fortschritt zu erblicken. Das soeben ausgegebene vierte Heft der Vierteljahrshefte zur Statistik des deutschen Reiches giebt über die Ergebnisse der Rekruten-Prüfungen im deutschen Reich die Nachweise für das Erziehungsjahr 1891/92. Danach hatten von den 184 882 Rekruten, welche in die Armee und Marine eingeeilt wurden, 179 886 Schulbildung in deutscher Sprache, 3672 Schulbildung in fremder Sprache und 824 waren ohne Schulbildung, d. h. solche, welche in keiner Sprache genügend lesen, oder ihren Vor- und Familiennamen nicht leserlich schreiben konnten. In Prozent der Gesamtzahl aller Eingestellten betragen diejenigen, welche weder lesen, noch ihren Namen schreiben konnten,

im Erziehungsjahre 1881/82	1,64	1885/86	1,05	1889/90	0,51
1882/83	1,92	1886/87	0,72	1890/91	0,54
1883/84	1,27	1887/88	0,71	1891/92	0,45
1884/85	1,21	1888/89	0,90		

Von dem Durchschnitt von 0,45 pCt. entfernen sich am meisten die Ostprovinzen, in denen der preussische Junker der Träger der Kultur ist. So weist der Regierungsbezirk Marienwerder 3,74 pCt. Analphabeten auf, Posen 2,85, Oppeln 2,09, Gumbinnen 1,82, Königsberg 1,42, Bromberg 1,33, Danzig 1,24. Und dabei herrscht der allgemeine Schulzwang! —

Die Abgg. Goldschmidt und Dr. Sirsch haben mit Unterstützung der Deutsch-Freisinnigen im Reichstage den Antrag wieder eingebracht, den Art. 61 des Allgemeinen Deutschen Handelsgesetzbuches in nachstehender Weise zu ändern:

Das Dienstverhältnis zwischen dem Prinzipal und dem Handlungsdiener kann von jedem Theile mit Ablauf eines jeden Kalender-Vierteljahres nach vorgängiger sechs-wöchentlicher Kündigung aufgehoben werden. Ist durch Vertrag eine längere oder längere Zeitdauer oder eine längere oder längere Kündigungsfrist bedungen, so müssen sie für beide Theile gleich sein. Vereinbarungen, welche dieser Bestimmung zuwiderlaufen, sind nichtig.

Beim Abgange können die Handlungsgehilfen ein Zeugniß über die Art und Dauer ihrer Beschäftigung fordern.

Dieses Zeugniß ist auf Verlangen der Handlungsgehilfen auch auf ihre Führung und ihre Leistungen auszuweisen.

In betref der Handlungsgehilfen ist die Dauer der Bezugszeit nach dem Bezugsvertrage und in Ermangelung vertretungsmäßiger Bestimmungen nach den örtlichen Verordnungen oder dem Ortsgebrauche zu beurtheilen. —

In der Reichstags-Wahl im Wahlkreise Friedeberg-Arnswalde ist Althardt mit sehr großer Majorität gewählt. Nach der „Staatsbürger-Zeitung“ betrug das ihr bis heute Nachmittag bekannt gewordene Ergebnis für Althardt 10 800, für Drame 8042 Stimmen. —

Ob Freisinnige oder Antisemiten mankräftiger sind, ist schwer zu entscheiden. So läßt sich die freisinnige „Berliner Zeitung“ aus dem Friedeberg-Arnswalder Wahlkreise schreiben:

„Die hiesigen Sozialdemokraten werden, entgegen der Lehre des „Vorwärts“, geschlossen für Drame stimmen, ja eine Anzahl agitirt direkt gegen Althardt. Durch den Frost der letzten Tage sind Hunderte von Maurern, Schreibern und Hölzern, die hier ihren Wohnsitz haben, genöthigt worden, ihre Arbeit in Berlin, auf der Warthe, Oder und Spree aufzugeben und hier in den Friedeberg-Kreis zurückzukehren. Sie sollten bei der Hauptwahl und werden heute mitgewählt haben, wohl alle für Drame.“

Daß dieses eine einfache Plunkerei ist, um für den freisinnigen Kandidaten Stimmen zu fangen, ist augenscheinlich. Da es aber dem orthodox-konservativen Reichsboten“ in den Kron post, nimmt er die Plunkerei für volle Wahrheit, um daran die Bemerkung zu knüpfen:

Die Niederlage wird sich also die gesammte Demokratie,

„Ach, das Geschwader!“ rief Forestier plötzlich in kindlicher Freude. „Sie nur, sich! das Geschwader!“

In der That erblickte man mitten in der breiten Bai ein halbduzend großer Fahrzeuge, die wie beduselte Felsen ansahen. Bizar waren sie, formlos und gewaltig mit ihren Auswüchsen und Thürmen, mit ihren Sporen, die ins Wasser tauchten, als wollten sie auf dem Meeresgrunde Wurzel schlagen.

Ganz unbegreiflich schien es, daß diese Dinger sich bewegen und von der Stelle kommen konnten, so schwerfällig und festgewurzelt sahen sie aus. Eine schwimmende Batterie gleich mit ihrer hohen Rundung, die an eine Sternwarte erinnerte, einem Leuchtturm, wie er auf Klippen erbaut wird.

Mit gebähten, weißen, fröhlichen Segeln strich ein großer Dreimaster an dem Geschwader vorüber, um die offene See zu gewinnen. Wie grazios und niedlich nahm er sich aus, neben diesen Kriegungeheuern, diesen Eisenkolossen, diesen schmutzigen Ungethümen, die auf dem Wasser hockten.

Forestier strengte seine Augen an, um sie zu erkennen. Er nannte ihre Namen: „Das ist der „Colbert“, das ist der „Suffien“, dort der „Admiral Duperré“, der „Redoubtable“, und da die „Devastation“ — nein, ich täusche mich,“ setzte er hinzu, „das da ist die „Devastation“.“

Sie kamen zu einer Art großen Pavillon und lasen: „Golf-Juan-Jagenzen“. Der Wagen bog um einen Klaffen und hielt vor der Thür.

Zwei Basen wollte Forestier für seine Bibliothek laufen. Da er nicht aus dem Wagen zu steigen vermochte, brachte man die Koffer nach einander heraus. Er wählte lange und fragte seine Frau und Duroy um Rath: „Du weißt ja, sie sollen auf den Schrant hinten in meinem Zimmer kommen. Sitze ich in meinem Lehstuhl, so hab ich sie be-

die bürgerliche wie die soziale, auf ihr Kernholz schreien können. —

Zur Sozialreform des Staates. Eine Eisenbahn-Versicherung, welche von der Breslauer „Volksmacht“ mitgetheilt wird, liefert einen Beitrag, der die Sozialreform besser als ein händereicher Kommentar beleuchtet. Diefelbe lautet:

Bekanntmachung.

In Verfolg der Verfügung des königl. Eisenbahn-Betriebsamts Brieg-Lissa vom 9. November 1877 a 17 926 b, und vom 20. März 1888 CI 1401 Ib, wird hierdurch folgendes bestimmt: Sobald das Umräumen von Kohle, von einem Lokomotiv-tender auf einen anderen, oder das Abladen von Betriebskohle oder von Kohle, erforderlich wird, sollen von jetzt ab diese Arbeiten nach Schluß der Arbeitszeit von demjenigen Maschinenpüger ausgeführt werden, welchen am Sonntage vorher freier Sonntag, unter Gewährung ihres Tagelohnes, bewilligt worden war.

Nach den vorstehenden Verfügungen soll nur demjenigen Maschinenpüger monatlich ein freier Sonntag oder Feiertag bewilligt werden, welche im Tagelohne arbeiten und welche zeitweise zu Ueberstundenarbeiten herangezogen werden müssen, ohne daß denselben die Ueberstunden in Rechnung gestellt werden, was überhaupt nicht geschehen darf.

Breslau, den 17. November 1892.

Die Betriebs-Werkstätte.

(Name unleserlich.)

B. W. 6770.

Mit den Wohlthaten des Staates hat es dieselbe Verwandtschaft, wie mit denen der ostpreussischen Junker. Für die Wohlthaten der letzteren hat der Volksmund das Sprichwort gefunden: „Der liebe Gott wird es bezahlen und die Großmutter wird es abspinnen.“ Dem Waschnapf wird der freie Sonntag nicht geschenkt; der Staat begnügt sich, auch wo er „christlich“ wird, nicht mit dem Gotteslohn, sondern läßt den Arbeiter den freien Sonntag in „Ueberstunden“ abarbeiten. —

Das Frauenstudium ist an den Universitäten Deutschlands noch immer unterdrückt. Ob die gegenwärtig dem Reichstage vorliegenden Petitionen von mehr als 50 000 Frauen den Erfolg haben werden, ihnen wenigstens das medizinische Studium und den ärztlichen Beruf zu erschließen, ist mehr als zu bezweifeln. Wie lebhaft aber das Bedürfnis der Frau, auch diese Bahn sich zu eröffnen ist, zeigen die Hochschulen der Schweiz. Die schweizerischen Universitäten und Akademien zählten im Winter 1891/92 nach einer eben erschienenen Statistik 8152 Jünger, darunter 433 weiblichen Geschlechts. Die weitläufigsten Universitäten waren Genf, Zürich und Bern, und zwar am besuchtesten von beiden Geschlechtern. Das Studium des weiblichen Geschlechts war ganz überwiegend Philosophie. Diese Wissenschaft trieben 254 Studentinnen; 170 studirten Medizin, acht Rechtswissenschaften. Theologie studirte keine. Von den Hörern kamen 886 aus dem Auslande, darunter 219 Damen. Das Hauptkontingent der Ausländer stammte aus dem russischen Reich; nämlich 270, wovon 149 weibliche; es folgte das deutsche Reich mit 238, davon 23 weibliche, und Bulgarien mit 155, davon 10 weibliche. Während der größte Theil der deutschen männlichen Studenten Philosophie studierte (105), der deutschen weiblichen Medizin, fuhrten von den Russen und Russinnen weitaus die meisten Medizin. Die bulgarischen Studenten vertheilten sich ziemlich gleichmäßig auf Philosophie, Rechtswissenschaft und Medizin, wobei allerdings die weiblichen Philosophie bevorzugten.

Auch das Zentrum erblickt im Antisemitismus bereits eine Gefahr. So lesen wir in der „Kölnischen Volkszeitung“:

„Die „Dannoversche Post“, ein ausgesprochen antisemitisches Blatt, schreibt: „Es wurde von vielen Seiten recht lebhaft bedauert, daß es nicht dazu gekommen war, in Cleve Kantons-Wahlen, wo durch den Prozeß Bischoff Gemüther lebhaft antisemitisch erregt sind, einen antisemitischen Kandidaten aufzustellen, und daß die Wahlkreise ohne Kampf dem Zentrum überlassen wurde.“ Zur Beachtung für diejenigen unserer Freunde, welche in der antisemitischen Agitation am Niederrhein keine Gefahr für die Zentrumsparthei erblicken. Vorläufig finden die antisemitischen Agitatoren die Aufstellung eigener Kandidaten noch verwerflich, aber darauf kann man sich verlassen: sobald die Herren Ednen glauben, wird sich auch der Wille einstellen.“

Nichts kennzeichnet besser die innere Zerfegung der Bourgeoisie und der herrschenden Klassen, als die Besorgnisse, welche ihnen bereits der Antisemitismus einflößt. Selbst der feste Thurm des Zentrums spürt ein gefährliches Schwanken. —

Graf Taaffe hatte mit einer Niederlage im österr. Reichstage nicht genug — er hat

ständig vor Augen. Ich möchte sie so in antiker, griechischer Form haben.“

Er musterte die Proben, ließ sich noch andere bringen, lehnte zu den ersten wieder zurück. Endlich entschied er sich, zahlte und verlangte, daß sie sofort abgeliefert würden. „In einigen Tagen lehre ich nach Paris zurück“, sagte er.

Sie machten sich auf den Heimweg, aber als sie am Golf-Juan fuhren, kam ein kalter Wind, der durch eine Thalstraße schauerte, vom Lande herüber, und die Kreante fing zu husten an.

Zuerst war es nur ein leichter Husten, aber er wollte nicht aufhören und wuchs schließlich zu einem heftigen, brodenen, krampfhaften Husten an, der in eine Reihe Schlüchzen und Köcheln überging.

Forestier war dem Erkranken nahe. Bei jedem Abhusten zerritt ihm ein Husten aus den Tiefen der Brust die Kehle. Nichts vermochte ihn zu beruhigen und zu wehren. Er mußte aus dem Landauer in sein Zimmer getragen werden, und Duroy, der ihn an den Armen gehalten hatte, merkte bei jedem Krampf der Lungen die Erschütterung bis zu den Füßen.

Auch die Bettwärme stillte den Anfall nicht, der die Mitternacht währte. Erst dann vermochten die Karthäuser den tödlichen Hustenkrampf zu beschwichtigen. Bis zum Morgen lag der Kranke mit offenen Augen in seinem Bett.

Die ersten Worte, die er sprach, waren die Bitte nach dem Barbier. Er hielt darauf, jeden Morgen rasirt zu werden. Er wollte dazu aufstehen, aber er mußte sich sofort wieder legen und begann so kurz, hart und mühsam zu athmen, daß Frau Forestier voller Schrecken Duroy, der sich eben zu Fuß begeben hatte, wieder wecken ließ und bat den Arzt zu holen.

(Fortsetzung folgt.)

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung

Theater.

Mittwoch, 7. Dezember.
Opernhaus. Bastien und Bastienne.
Schauspielhaus. Wohlthätige Frauen.
Leistung-Theater. Francillon.
Berliner Theater. Macbeth.
Wallner-Theater. Die Großstadtluft.

Deutsches Theater. Faust.
Avoll's Theater. Der Troubadour.
Neues Theater. Logirbuch.
Hebden-Theater. Im Pavillon. (Le Parium).

Friedrich-Wilhelmstädt. Theater. Das verwunschene Schloß.
Schalltance-Theater. Keine Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater. Die wilde Madonna.

Thomas-Theater. Der ledige Hof.
National-Theater. Die Waise.
Alexanderplatz-Theater. Berliner Gigerln.

Apollo-Theater. Spezialitäten-Vorstellung.

Theater der Reichshallen. Spezialitäten-Vorstellung.

Winter-Garten. Spezialitäten-Vorstellung.

Baummann's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Gebrüder Richter's Variété. Spezialitäten-Vorstellung.

Adolph Ernst-Theater.

Vorletzte Woche.
Zum 92. Male:

Die wilde Madonna.

Singspiel in 3 Akten von L. Troplow
Complet von G. Görs. Musik von G. Stoffsens. Mit neuen Kostümen aus dem Atelier d. Fr. Köpke, und neuen Dekorationen v. Lütkenmeyer in Coburg. In Scene gesetzt von Adolph Ernst.

Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

In Vorbereitung:

Modernes Babylon.

Singspiel in 3 Akten v. Ed. Jacobson und W. Mannsd. Complet theilweise von G. Görs. Musik von G. Stoffsens.

Alexander-Platz-Theater.

Alexanderstr. 40.
Fernsprechamt III Nr. 1711.
Heute Abend 7 1/2 Uhr:

Berliner Gigerln,

Polle mit Gesang in 3 Akten und 4 Bildern von J. Wimmer, bearbeitet von R. Sybel.

Kasseneröffnung 6 1/2 Uhr. Anf. 7 1/2 Uhr.

American-Theater.

Jeden Abend jubelnder Beifall!

Die Trockenwäner,

oder „Das Kind in der Kommode“, parodistisch-realistischer Vorgang im Keller, beobachtet vom Hofe aus, von Oskar Wagner.

Bendix in seiner Saison-Nummer:

Man merkt's am Gang,
Da ist was mang!

Aufstretten sämtl. Spezialitäten.
Anfang 7 1/2 Uhr. Entree 75 Pf.
Sountags 6 Uhr.

Achtung! 4456

Parteienossen empfehle mein schön eingerichtetes Lokal zum geselligen Besuch. Vereinszimmer oder Jubiläum für 40-50 Personen ist Donnerstags, Freitag u. Sonnabends noch zu haben. Steinmetzstr. 36a, Restaurateur Bredlow.

Jeden Mittwoch

Frische Grützwurst.

4456 O. Laeske, Schlächtermeister, Draußenstraße 2a.

Als Charakter-Komiker

empfehle ich Wilhelm Görs, ist auch noch freitags 1., 2. u. 3. Feiertag. Wohnung: Mühlentorstr. 47, v. 2 Tr. I. 288

Cacao, sämtl. Bonbons, Chocol., Thee, Knallbonbons etc. empf. den Genossen

Sperber, Gr. Hamburgerstr. 21.

Glaser.

Am Donnerstag, den 8. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, bei Gratweil, Kommandantenstraße 77/79 (oberer Saal):

Große öffentliche Versammlung.

Tagesordnung:

1. Vortrag über: Wird das Glend gegen? Referent Genosse Roland.

2. Diskussion. 3. Verschleidenes.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Vertrauensmänner.

3. A.: R. Stampfl.

165/4

Circus Renz.

(Karlstraße.)

Mittwoch, den 7. Dezember 1892:
Abends 7 1/2 Uhr:

Gr. außerordentl. Vorstellung.

Aus dem reichhaltigen Programm besonders hervorzuheben: **Grande Quadrille de la haute equitation**, geritten von 6 Damen und 6 Herren.

Mr. James Filla mit dem Schulpferde **Markir.** 4 Fahnenpferde, vorgeführt vom Direktor **Fr. Renz.** Der Zwergelphänt **Kelli**, vom Originaldressur vom Clown **Lavater** Lee u. f. w.

Zum Schluß: **Auf Helgoland.** Mit neuen Einlagen, u. A.: **Aufzug der Leib-Garde-Artillerie.** 1. Garde-Regiment zu Fuß. Hög. Bürgerwehr. Ballet von 82 Damen.

Morgen, Donnerstag, Ab. 7 1/2 Uhr: Große Vorstellung mit neuem Progr. **Auf Helgoland.** Bilet-Vorverkauf beim „Invalidentant“, Marktgrafenstr. 51a.

Fr. Renz, Direktor.

Circus Corty-Althoff.

Berlin, Friedrich-Karl-Str., Ecke Karlstraße.

Mittwoch, den 7. Dezember, Abends 7 1/2 Uhr:

Gala-Vorstellung.

Das Programm dieser Vorstellung besteht aus den vorzüglichsten Repertoirennummern. U. A. **Vorführung des wunderb. duff. Napphengstes Incroyable** durch den Direktor **Althoff.**

Aufführung des Parforcestückes:

Ein ungerisches Gytosfest oder:

Eine Bauernhochzeit a. d. Pussta, ausgeführt vom gel. Personal mit Benutzung von 30 Pferden. Alles Nähere die Plakate.

Donnerstag, Abends 7 1/2 Uhr: Gr. Vorstellung.

Sonntag: Zwei Extra-Vorstellungen 1 Uhr (1 Kind frei) u. 7 1/2 Uhr.

Kaufmann's Variété

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz. Vollständig neues Programm.

Soenes Lenth, Salon-Mittheilungen.

Bernhard-Trio, Barterres, Akrobaten.

Mij Ophelia mit ihren dreifürten

Caradus, Schnellzeichner und seinem

Clown **Richards,** Gänse-Zirkus.

Clara Betoni, bildbühliche

soubrette, sowie Aufstretten sämtlicher anderer Spezialitäten.

Anfang Wochentags 8 Uhr.

Feen-Palast

Burgstraße, neben der Börse. Welt-Lokal Berlins, 5000 Pers. fassend.

Täglich

Gr. Spezialitäten - Vorstellung

Auf. Wochent. 7 1/2 Uhr, Sonntag. 6 Uhr. Entree 50 Pf.

Castan's

Panoptikum. Sensationell!

Prinzess Topase.

Vorstellungen 11-1 und 4-1/2 Uhr stündlich.

Ohne Extra-Entree.

Entree 50 Pf., Kinder 25 Pf.

Passage-Panoptikum

Die bildschönen zusammengewachsenen

Zwillinge und das

Riesenkind.

Gratweil's Bierhallen

Kommandantenstraße 77-79, Täglich:

Germania-Konzert- u. Kouplet-Sänger.

Wochentags frei, Sonntags 30 Pfennig, Kinder 10 Pf.

Gr. Frühstück- u. Mittagstisch.

Zwei Gänge zu Versammlungen und Vergnügungen, sowie 6 Billards und 3 Stegelbahnen.

F. Sadtke.

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“

Falkenstein-Str. 41. Gröffnet bis 12 Uhr Nachts.

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.

2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. **Audreasstr. 23. D. v.**

Pelzwaren. Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstat.

Stallschreiberstr. 50/51, v. 1 Tr. Ute Alexandrinenstr. 342b

Gratis Sprechstunde Montag u. Donnerstag 12-1.

Allen angeblich unheilbar Kranken bestens empfohlen.

Naturheilbad Reform, Dessauerstr. 2.

Wiederholung in Berlin, SW, Bouthstraße 2.

Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Schröder in Berlin. Druck und Verlag von Max Sading in Berlin, SW, Bouthstraße 2.

Oeffentl. Protest-Versammlungen

finden am

Mittwoch, den 7. Dezember, Abends 8 Uhr

in allen Berliner Wahlkreisen statt.

Für den 1. Kreis: „Arminhallen“, Kommandantenstraße Nr. 20. Referent Reichstagsabg. **Schumacher-Solingen.**

Für den 2. Kreis: „Berliner Bodibranerei“, Tempelhof. Berg. Referent Reichstagsabg. **Dreesbach-Mannheim.**

Für den 2. Kreis: „Anions-Branerei“, Hasenhaide Nr. 22-31. Referent Reichstagsabg. **Schwartz-Lübeck.**

Für den 3. Kreis: „Sansouci“, Kottbuser-Straße Nr. 4a. Referent Reichstagsabg. **Frohme-Hamburg.**

Für den 4. Kreis: „Königsbank“, Große Frankfurterstraße 117. Referent Reichstagsabg. **Förster-Hamburg.**

Für den 4. Kreis: „Böhm. Branhaus“, Landsberger Allee 11/13. Referent Reichstagsabg. **Bruns-Bremen.**

Für den 5. Kreis: „Branerei Friedrichshain“ (früher Lips). Referent Reichstagsabg. **Molkenbuhr-Hamburg.**

Für den 6. Kreis: „Eiskeller“, Chaussee-Straße Nr. 88. Referent Reichstagsabg. **Wurm-Hannover.**

Für den 6. Kreis: „Kronen-Branerei“, Alt-Moabit Nr. 48/49. Referent Reichstagsabg. **Bock-Gotha.**

Tagesordnung in allen Versammlungen:

1. Die Militär-Vorlage. 2. Diskussion.

Zahlreiches Erscheinen erwarten

Die Einberufer.

347/3

Achtung!

Kreis Nieder-Barnim!

Am Sonntag, den 11. d. M. findet eine **Agitationstour** für den Nieder-Barnimer Kreis statt. Die Parteigenossen und Genossinnen werden ersucht, sich recht zahlreich an dieser Partie zu beteiligen.

Die Vertrauensperson, **Abfahrt** Schleißer Bahnhof 8.26, Stralau-Kummelsburg 8.52, Friedrichsfelde 8.40. Treffpunkt **Sahnhof-Restaurant Stralau-Kummelsburg.**

Brauerei Julius Bötzwow,

Vrenslauer Allee, Am Vrenslauer Chor. Empfehle meinen Saal zu Versammlungen und Festlichkeiten. Erster und zweiter Weihnachts-Feiertag wieder frei. **Paul Schaffert, Oekonom.** 4466

Carl Scholz, Wrangelstraße 32,

empfehle den Genossen als passendes **Weihnachtsgeschenk** **Lassalle, Marx** in sauberer Ausführung zu soliden Preisen. Ferner: Sozialistische Stammsprüche, auch zum Selbststudium, Büchlein von Lassalle und Marx, sozialdemokratische Gratulationskarten, Kabinett- und Bistums-Bilder in großer Auswahl. Noch auswärts brieflich gegen Nachnahme. 3387L

Möbel, Spiegel und Polster-Waaren.

Ausstattungen in Mahagoni u. Nußbaum; Küchenmöbel empfiehlt; Preislisten auf Wunsch franco. **Berlin S.O., Söynderstr. 25.**

Meerscham-, Bernstein- und Elfenbein-Waaren.

Spezialität: Porträts bewährter sozialistischer Führer (**Lassalle, Marx u. A.**) in **Figurrenspitzen, Pfeifenköpfen, Schlüsselsteinen, Manschettenknöpfen, Stöcken, Brochen, Hüften.** En gros. En detail. **2274 L. B. Günzel, sehr Lothringersstr. 53, am Rosenthaler Thor.**

Erklärung und Warnung.

Prachtvolle Steppdecken in jedem Laden

in **Tessmer's Steppdecken-Fabrik** nahe

nach wie vor Blumenstr. 62, 1, Marktstr.

J. Semmel, prakt. Zahnarzt, Dranienstr. 55 (Mörichplatz)

Sprechst. 8-1, 3-5, Politikum f. Unbemitt. 1-3, 5-6. Künstl. Zähne 2 M

Falkenstein-Clubhaus „Süd-Ost“ Falkenstein-Str. 41.

Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal v. C. Trittelwitz.

2 Vereinszimmer mit Piano. Fr. Billard. 2 Winter-Regelbahnen. Warme und kalte Speisen zu jeder Tageszeit zu soliden Preisen.

Kinderwagen. Größtes Lager Berlins. **Audreasstr. 23. D. v.**

Pelzwaren. Einzelverkauf zu Engros-Preisen direkt in d. Werkstat.

Stallschreiberstr. 50/51, v. 1 Tr. Ute Alexandrinenstr. 342b

Gratis Sprechstunde Montag u. Donnerstag 12-1.

Allen angeblich unheilbar Kranken bestens empfohlen.

Naturheilbad Reform, Dessauerstr. 2.

Verband aller in der Metall-Industrie beschäft. Arbeiter **Berlins und Umgegend.**

Wir geben hierdurch bekannt, daß das Mitglied, Kollege

Friedr. Danneberg

verstorben ist. — Die Beerdigung findet am Donnerstag Nachmittag 3 Uhr vom Leichenhause aus statt. Um zahlreiche Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** 228/4

Statt besonderer Meldung.

Montag, den 5. Dezember, Abends 9 1/2 Uhr, entschlief nach langem, schwerem Leiden unser lieber Sohn, Bruder, Schwager und Bräutigam, der Goldschmied **Richard Kurz** im 24. Lebensjahre. 449b

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 8. Dezember, Nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes, Briher Chaussee, statt.

Todes-Anzeige.

Allen Genossen meines Mannes zur Nachricht, daß unser guter Sohn, Gatte und Vater, der Tischler **Hermann Klinko** nach langem Leiden sanft entschlafen ist. Die Beerdigung findet von der Leichenhalle des Louise-Kirchhofes in Britz heute, den 7. Dez., Nachmittags 3 Uhr aus statt. 451b

Die tiefgebeugte Wittwe

Hedwig Klinko geb. Witke

im Namen der Hinterbliebenen.

Todes-Anzeige.

Einigung selbständiger **Barbiere, Friseur u. Perrückenmacher Berlins und Umgegend** zur Nachricht, daß am 4. Dezember unser Kollege

Paul Sommbrodt

verschieden ist. 450b

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 7. Dezember, Nachm. 3 Uhr, von der Leichenhalle der Piusgemeinde in Wilhelmshagen statt.

Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.**

Die der Frau **Kadmacher** zugesagte Beerdigung nehme ich hiermit zurück und erkläre dieselbe für erloschen. 443b

Frau Emma Pöllner.

Barne Jeden, meiner Frau geb.

L. Populorum etwas zu borgen, da ich für nichts aufkomme. **P. Meißel.** 452b

Billigster Christbaumschmuck für Händler vom Selbstfabrikanten.

Müller, Albrechtsstr. 12a.

Sierzu zwei Beilage-

Parlamentarische Berichte.

Deutscher Reichstag.

9. Sitzung vom 6. Dezember 1892. 1 Uhr.

Am Tische des Bundesrates: von Bötticher, von Beerle, von Reichardt, von Bauer.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Interpellation der Abgeordneten Dige und Genossen (3.), welche an den Reichskanzler folgende Anfrage richten: 1. Welche gesetzgeberischen Maßnahmen sind in der Reichstags-Sitzung vom 24. Nov. 1891 — bezüglich der Organisation des Handwerkerstandes und der Regelung des Lehrlingswesens, sowie des Ausbaues der Innungen von 1000, 1000 F und 102 der Gewerbe-Ordnung) von Seiten der verschiedenen Regierungen beabsichtigt? 2. Wird noch in dieser Session eine bezügliche Vorlage dem Reichstage voraussichtlich zugehen?

Staatssekretär v. Bötticher erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Abg. Dige (3.) knüpft an die Verhandlungen vom vorigen Jahre an, in welchem die Regierung eine unerwartete Erklärung abgegeben habe bezüglich des Befähigungsnachweises, denn sie habe dessen Einführung nicht in Aussicht gestellt. Das Zentrum stehe vollständig auf dem Boden seiner Anträge, habe also auch den Befähigungsnachweis noch aufrecht. Dieser allein würde der beste Ansporn sein für eine bessere Erziehung der jungen Handwerker und für eine Hebung der technischen Tüchtigkeit des Handwerks. Die Innungen seien die besten Korporationen für das Handwerk. Wenn man aber andere Formen schaffen wolle, dann sollte man die Vorlage schnell machen. Man spricht von Handwerkerkammern. Öffentlich sollen diese Bildungen obligatorisch sein. Welche Stellung sollen die Innungen innerhalb derselben einnehmen? Die Innungen müssten die Grundlage bilden und die Selbstverwaltung der Handwerkerkammern müsse gewahrt werden. Wir wollen hoffen, daß die Vorlage noch in dieser Session gemacht wird, und zwar noch vor Neujahr. (Heiterkeit.)

Staatssekretär v. Bötticher: Ich habe mit meinem Kollegen vom Handelsministerium lange und eingehende Erörterungen über die Organisation des Handwerks und die Regelung des Lehrlingswesens angestellt. Die verschiedenen Regierungen haben bisher noch keine Stellung zu der Frage nehmen können. Unsere Aufgabe ist die, die Absicht der beteiligten Ressorts, geht dahin, die Handwerkerkammern territorial zu organisieren und ihnen gewisse obligatorische Befugnisse in Bezug auf die Beaufsichtigung des Lehrlingswesens, in Bezug auf die Erhaltung von Schulstätten, die Verwirklichung über die Lage des Handwerks und in Bezug auf die Mitwirkung bei der Handhabung der Arbeiter-Versicherungsgesetze zuzugewähren. Die Handwerkerkammern sollen auch Prüfungsausschüsse errichten und Zeugnisse ausstellen dürfen; sie sollen Aufsicht über die Lehrlinge üben, über den Besuch der Fortbildungsschulen u. s. w. Wir haben bezüglich dieser Befugnisse einen sehr weiten Kreis gezogen. Die Einführung der Innungen in diese Organisation hat uns lebhaft beschäftigt. Es besteht bei den beteiligten Ressorts nicht das Bestreben, die Innungen aus der Welt zu schaffen oder ihnen das Dasein zu erschweren; wir stehen auf dem Standpunkt, daß wir die Zusammenfassung der Handwerker in Innungen zu wirtschaftlichen Zwecken fördern wollen. Ueber die Einzelheiten kann ich mich nicht äußern, weil sich daran heute eine Diskussion knüpfen würde, welche ich für eine nützliche nicht halten kann, weil bestimmte Vorlagen nicht da sind. Es handelt sich um viele andere Fragen: das Wahlrecht u. s. w. über die wir uns noch sehr eingehend unterhalten müssen. Auch das Lehrlingswesen soll geregelt werden in allen seinen verschiedenen Stadien. Es wird sich fragen, ob der Lehrlingszuchtunterricht entgegengetreten werden soll u. s. w. Darüber sind Sachverständige gegengetreten worden. Wenn der Vorredner den Wunsch ausgesprochen hat, es möchte zu Neujahr oder gar zu Weihnachten die Vorlage vorgelegt werden, so muß ich diesen Wunsch ablehnen. Wenn wir mit nicht gut vorbereiteten Entwürfen vor Sie treten, so können wir nicht mit Sicherheit annehmen, daß die Vorlagen hier eine Verbesserung erfahren. Deswegen wollen wir die Vorlagen so gründlich und gut ausarbeiten, daß wir die Einwendungen aus dem Hause mit einem Gewissen erwarten können. Es befragt niemand mehr wie wir, daß die Stimmung in den Handwerkerkreisen vielfach nicht ideal, eine ungesunde, ja eine verbitterte ist. Wir sehen es als eine Notwendigkeit an, diese Stimmung zu verbessern. Lassen Sie uns Zeit, es soll an uns nicht fehlen und sobald wir uns praktischen Vorschlägen an das Haus treten können, werden wir das mit Freuden thun.

Auf Antrag des Abg. Viehl (Zentr.) tritt das Haus in die Besprechung der Interpellation ein.

Abg. Viehl (Zentr.): Ich glaube, daß es gerade in diesen Dingen bedenklich wäre, wenn man etwas thun wollte, nur damit es scheint, als ob es geschehen sei. Wir können über die Einzelheiten hier kaum sprechen, solange wir keine Vorlage der Regierung haben. In der Durchführung der Zwangsinnungen kann ich nach wie vor ein Heilmittel für die Handwerker nicht sehen; nicht nur würde das Publikum dadurch benachteiligt werden, sondern es würde auch das Handwerk keinen Vortheil davon haben. Die Handwerker haben gegen die Großindustrie zu kämpfen und gerade diese Großindustrie soll in die Organisation nicht eingeschlossen werden. Mit einer Zusammenfassung der großen und kleinen Industrie ist nichts gewonnen, das sehen wir an unseren Handels- und Gewerbetreibenden in Bayern. Die Handwerker allein zu organisieren, wird aber auch nicht zweckmäßig sein. Es würde sich als nützlich herausstellen, alle kleineren Gewerbetreibenden zusammen zu bringen, wie es in den Gewerbevereinen geschieht. Die Hauptsache wird eine ordentliche Erziehung der Lehrlinge sein, denn jetzt gehen aus dem Großbetrieb keine Lehrlinge mehr hervor, sondern jugendliche Arbeiter. Die Gewerbevereine haben in dieser Beziehung anerkannt nützlich gewirkt. Ich will nur die Regierung bitten, das bisher Bestehende möglichst zu erhalten und nicht einen Bruch mit der Gewerbetreibenden herbeizuführen. Die sozialdemokratische Behauptung, daß das Handwerk dem Untergrund geweiht sei, ist nur zum Theil zutreffend. Die Handwerksbetriebe, welche einen größeren Umfang angenommen haben, sind meist in der Hand ehemaliger Handwerker, die sich emporgehoben haben (Widerstand bei den Sozialdemokraten und im Parteikreis), ich erinnere nur an Herrn Bedel's Drechslererei, die sich zu einer Fabrik ausgebildet hat, und auch Herrn Viehl's Geschäft hat ja einen ziemlich großen Umfang.

Abg. Akermann (Dns.): Ich habe diese Frage mehrfach im Reichstage angeregt, und kann es nur bedauern, daß die Regierung sich gegenüber dem Befähigungsnachweis so ablehnend verhält. Die Handwerkerkammern sind kein Ersatz dafür. An Organen für den Handwerkerstand fehlt es nicht: wir haben Innungen, Innungsverbände, Innungsausschüsse u. s. w.; neue Organe brauchen in dieser Beziehung nicht geschaffen zu werden; die Handwerkerkammern würden einen größeren Bezirk umfassen und die einzelnen Gewerbe würden in ihnen nicht immer vertreten sein. Es würde sich daher darum handeln, welche Funktionen die Innungen dabei übernehmen und welche Kosten sie tragen sollen. Sie können uns, die wir für die Innungen

gewirkt haben, nicht zuzunehmen, ihre Stellung jetzt herabzudrücken. Die Handwerkerkammern sollen nur zu tatsächlichen Reueuerungen verwendet werden; eine selbständige Stellung nehmen sie nicht ein. Aus den Mittheilungen des Herrn Staatssekretärs geht hervor, daß die Vorlagen in dieser Session nicht mehr kommen werden. Das bedauere ich auf das tiefste, denn die Unzufriedenheit wird dadurch nicht vermindert, sondern die bedrängten Handwerker werden auf falsche Wege getrieben. Wenn irgend möglich sollte in dieser Session für das Handwerk etwas gethan werden, damit der gute Wille erkannt wird, denn seit Jahrzehnten wird die Frage erörtert und niemals wird eine Vorlage fertig. Das Handwerk hängt an ungeduldig zu werden und dazu hat es Grund. (Zustimmung rechts und im Centrum.)

Staatssekretär von Bötticher: Wir leisten, was wir leisten können, aber wir sind nicht Herr der Schwierigkeiten, welche vielleicht von anderer Seite zu gering taxirt werden. Jemand der mitten in der Handwerkerbewegung steht, müßte die Schwierigkeiten erkennen, wenn er nicht einfach das Rezept vorschreibt: Zwangsinnungen. Die Ablehnung des Befähigungsnachweises, den der Reichstag beschlossen hatte, ist allgemein bekannt geworden; es kann darüber doch keine Unklarheit mehr herrschen. Eine Debatte kann wirklich nicht geführt werden, wenn nicht eine bestimmte Vorlage gemacht worden ist. Aus meinen stückweisen Mittheilungen hat der Vorredner vollständig falsche Schlüsse gezogen. Müßten denn die Innungen verschwinden neben den Gewerbetreibenden? Darin beruht eben die Schwierigkeit, daß die Innungen in die Gewerbetreibenden eingeschlossen werden und das nicht korporierte Handwerk auch seine Vertretung findet. Es ist nicht unser Wille, die Innungen von der Bildfläche verschwinden zu lassen. Aber die Innungen allein entsprechen ja nicht dem Bedürfnis des Handwerks nach korporativer Organisation. In Süddeutschland sieht es an Innungen überhaupt. In Württemberg sind wenig über 1 Prozent der innungsfähigen Meister in den Innungen. Durch Zwangsinnungen kann man allerdings hier helfen; aber diejenigen, die keine Reueuer haben, der Innung beigetreten, werden davon nicht bedrängt sein. Daß die Beratung schnell gefördert werden soll, habe ich Ihnen bereits erklärt.

Abg. Ricker: Ich bin mir nicht klar, was eigentlich aus der Diskussion herauskommen soll. Wer ist aber an der Diskussion schuld? Der Staatssekretär selber, der hier Dinge, von denen er selbst noch nicht weiß, wie sie gefaltet werden sollen, in unklaren Wendungen vor das Haus bringt. Wie soll es z. B. bezüglich der Wahl der Gewerbetreibenden bestellt werden? Wenn das allgemeine direkte Wahlrecht eingeführt wird, so sollen Sie einmal sehen, wie lässig ablehnend die Herren von der Rechten und vom Centrum zu der Sache stehen werden. Wie will man denn die Innungen neben den Handwerkerkammern aufrecht erhalten? Wenn die Reichsregierung den Befähigungsnachweis vorwirft, so sollte sie auf diesem Standpunkte auch stehen bleiben, und nicht so einzelne Brocken in die Diskussion werfen, aus welcher wir genau so klar herausgehen werden, wie wir eingetreten sind: wir werden nachher auch nicht wissen, was die Regierung will. Was hat man denn mit den Vorschriften der §§ 100 E und F erreicht? Die Innungsvereine haben diese Innungen Wechselbälge genannt, und die außerhalb der Innungen stehenden Personen sind höchst unzufrieden über die Handhabung dieser Paragraphen. Redner verweist auf die Verhältnisse im Berliner Gastwirthsgewerbe; die Innung der Gastwirthe, welche 357 Mitglieder zählt, hat das Privilegium und kann die ca. 6000 außerhalb der Innung stehenden Gastwirthe zu Beiträgen zwingen für Einrichtungen, welche die anderen Gastwirthsvereine in musterhafter Weise selbst besitzen. Ich bin nicht der Meinung, daß das Handwerk zum Tode verurtheilt ist, ich glaube, daß es sich dem Großbetriebe gegenüber halten wird. Wenn wir 2 Millionen kleine Betriebe mit 65 pCt. aller Arbeiter haben, so kann man nicht sagen, daß das Handwerk im Verschwinden begriffen sei. Was soll der Handwerker auf dem Dorfe in der Organisation? Der darf gar nicht hinein, er hat nur Scherereien und Kosten davon. Von den 2 Millionen Handwerkern sind etwas über 321.000 in den Innungen. Das Privilegium des § 100 E haben von über 2000 Innungen, die es verlangt haben, nur 1190 bekommen; das Privilegium des § 100 F haben 138 Innungen verlangt, aber nur 57 bekommen. Da ist man nun auf weitere Experimente verurtheilt? Man vergißt die moderne Entwicklung, die Steigerung des Verkehrs durch Eisenbahnen, Telegraphen u. s. w. Ich verweise nur auf Oesterreich. (Unterbrechung des Abg. Viehl.) Herr Viehl ist ja auch Großgewerbetreibender, denn er betreibt 5 oder 6 Gewerbe. Wenn die Zwangsinnung eingeführt wird, dann wird er aus ein Gewerbe beschränkt werden. (Heiterkeit.) In Oesterreich hat man die gewerberechtlichen Streitigkeiten herzlich satt bekommen. In Sachsen hat eine Barberinnung die Preise für die Leistungen der Barbier festgesetzt; das war selbst der „Neue-Zeitung“ zu toll. Ich bitte die Regierung, sich Zeit zu lassen und die Vorlage im Bundesrathe reiflich zu erwägen, denn sie wird nur den Unland der Jänikler ernten. Der Grund und Boden des Handwerks ruht nicht auf den politischen Maßregeln, sondern auf der freiwirtschaftlichen Entwicklung.

Preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Der Vorredner hielt die Diskussion für überflüssig und hat sich doch auf die Einzelheiten tief eingelassen. Ich kann nicht erkennen, wie er die Frage der Gastwirthsinnung in Berlin hierher hat bringen können. Eine materielle Diskussion will ich nicht führen und will deshalb auf die Gastwirthsinnung nicht eingehen, zumal ich schon im preussischen Abgeordnetenhause darüber gesprochen habe. Den Vorwurf, daß die Regierung zu spät mit ihren Vorlagen kommt, muß ich zurückweisen. Die Regierung steht also auf dem Standpunkte, daß der Befähigungsnachweis zu verwerfen sei. Daraus ergibt sich eine ganz andere Organisation, deren Schwierigkeiten von allen Seiten wohl anerkannt werden. Wenn eine Vorlage noch nicht fertiggestellt ist, können nur die allgemeinsten Umrisse gegeben werden. Diese Umrisse bestehen darin, daß wir eine, das ganze Handwerk umfassende Organisation schaffen wollen, daß wir ferner das Lehrlingswesen regeln wollen, um der heutigen Verfallung der jungen Leute entgegenzuwirken.

Abg. Meurer (Zentr.): Die Innungsprivilegien allein sind für uns niemals das letzte Ziel gewesen; auch wir haben stets verlangt, daß dafür bestimmte Normen aufgestellt werden. Mit der Einrichtung von Handwerkerkammern sind wir durchaus einverstanden, wenn dabei die Innungen aufrecht erhalten werden. Bisher hat das freundliche Entgegenkommen des Herrn Staatssekretärs noch keine Erfolge gezeigt; wenn andere viel weniger bringende Gesetze so schnell ausgearbeitet werden könnten, hätte wohl auch für die Handwerker etwas geschehen können, denn sonst entsteht die Gefahr, daß das handwerkliche Proletariat lawinenartig wächst. Das Vertrauen der Handwerker zur Regierung ist im Schwanken begriffen. Wenn das Handwerk als Stand erhalten werden soll, muß es eine feste Organisation bekommen.

Abg. Auer (Soj.): Neues kann über die Handwerkerfrage nicht mehr gesagt werden, und ich glaube deshalb ursprünglich, die Einbringung der Interpellation sei nicht Selbstzweck, sondern es lägen dabei gewisse Abmachungen zu Grunde, die die Zustimmung in Handwerkerkreisen über die vorjährige Erklärung des Ministers v. Bötticher zu dämpfen, weil, wenn es zur Auflösung des Reichstages kommt, es mit dem guten Willen gegen-

über den anderen großen Aufgaben der Session bei den Wählern drängen hapern könnte, und weil man die Wähler, die man durch die vorjährige Erklärung vor den Kopf gestoßen, für andere Zwecke wieder kapitulieren will. Diese Meinung hat sich jetzt als falsch herausgestellt, denn die heutige Erklärung des Ministers v. Bötticher enthielt keine Zurücknahme seiner vorjährigen Erklärung. Die hinter den Herren Viehl, Dige, Meurer, Akermann stehenden Handwerker wollen den Befähigungsnachweis für das Handwerk und die Trennung zwischen Meister, Gesellen und Lehrling wieder einführen. Die Hoffnung auf Einführung des Befähigungsnachweises hat Herr v. Boetticher im vorigen Jahre mit wünschenswerther Deutlichkeit abgewiesen. Er erklärte, die Erfüllung des Wunsches nach obligatorischen Innungen und nach dem Befähigungsnachweis sei nahezu unmöglich. Davon hat Herr v. Bötticher heute nichts zurückgenommen, und ich wundere mich deshalb, daß Herr Meurer von dessen heutiger Erklärung befriedigt ist. Die im Sinne gleichlautende Erklärung vom vorigen Jahre hat Herr Meurer als das Todesurtheil des Handwerks bezeichnet. Herr Viehl, der schon im vorigen Jahre befriedigt war, scheint also bei Meurer mit Erfolg thätig gewesen zu sein. Ueber die Unmöglichkeit der obligatorischen Innungen und des Befähigungsnachweises wären wir uns längst klar geworden, wenn die Regierung nicht Jahre hindurch die Angelegenheit dilatorisch behandelt und Herr v. Bötticher nicht bis zum vorigen Jahre, wo er seine rückhaltlose Erklärung abgab, aus seinem Herzen eine Röhre grub gemacht hätte. Daß er jemals eine andere Ansicht über die Sache gehabt haben könnte als heute, ist doch nicht zu glauben. Nun will man vor allem eine Regelung des Lehrlings- und Gesellenwesens. Scheiden Sie das Gesellenwesen von vornherein aus! Mit welchem Recht wollen Sie für Handwerkerkammern andere Vorschriften geben, als für alle anderen erwachsenen Staatsbürger? In Hamburg, das zuerst einen Handwerksvertreter in dem früheren Abg. Bauer hierher sandte, giebt es so gut organisierte Innungen wie kaum anderswo. Hamburg marschirt nicht an der Spitze der Jäniklerbewegung als München, obwohl dieses zufällig den Abg. Viehl zu seinen ehrenwerthen Mitbürgern zählt. Der Hamburger Fabrikinspektor berichtet über das dortige Lehrlingswesen: Die Heranbildung des Knaben zum Handwerker geschieht vielfach in gleichgültiger und völlig lieblicher Weise. Während der Lehrer in der Volksschule hinsichtlich der körperlichen Nützlichmachung des unehelichen Knaben den strengsten Vorschriften unterworfen ist, untersteht der Lehrling der väterlichen Zucht seines Lehrherrn, die fast nur durch deutsche Handgreiflichkeiten ausgedrückt wird, und zwar nicht nur seitens des Lehrherrn, sondern auch der Gesellen. Dabei sind Schimpfereien an der Tagesordnung, welches jedes bessere Gefühl in dem Knaben unterdrückt. Der Lehrling nimmt schließlich alle solche Mißhandlungen als zur Sache gehörig hin. Der jugendliche Gelegenheitsarbeiter unterliegt solcher Behandlung nicht oder kann sich derselben sofort entziehen. Das paßirt auf dem Musterboden der Jänikler! Bollen wir dem Handwerk einen entscheidenden Einfluß auf das Lehrlingswesen einräumen, so müssen wir andere Beweise für dessen Fähigkeit dazu haben. Das Handwerk ist überhaupt nicht mehr zu retten, es ist ein untergehender Stand, dessen soziale Bedeutung von Jahr zu Jahr mit der zunehmenden Entwicklung der Großindustrie mehr und mehr verschwindet. Daß eine ganze Reihe von Großunternehmern und Fabrikanten daraus hervorgegangen seien, beweist nichts dafür, daß das Handwerk noch einen goldenen Boden und soziale Bedeutung habe; denn diese sind eben aus dem Handwerk herausgewachsen, und danach sind Tausende von anderen Handwerksmeistern zu Grunde gegangen und haben ihre Selbständigkeit verloren, nicht weil sie unfähig oder unfleißig waren, sondern weil sie durch die Uebermacht der wirtschaftlichen Verhältnisse unterdrückt wurden. In Landa und in der Lausitz giebt es zwar noch Hunderte von „Selbständigen“ Schuhmachermeistern, aber worin besteht ihre Selbständigkeit? Darin, daß, wenn sie ein Duzend Stiefeln fertig haben, sie dieselben in einen Sack packen, nach Berlin bringen und hier verkaufen. Ist das das selbständige Handwerk früherer Perioden? Herr Viehl exemplifizirte auf meinen Freund Bedel, der sich zu einem Großbourgeois entwickelt hätte. Ob das letztere richtig ist, ist mir zweifelhaft. Herr Viehl vergißt, daß eine Umwandlung des Handwerkers Bedel in den Betrieb „Viehl und Bedel“ statigewunden hat. Dazu gehörte nur ein Kapitalist, der nichts hatte als den Geldsack und der sich mit der Bedel'schen Intelligenz verband, und so ist die Fabrik entstanden, die damit dazu beigetragen hat, das Handwerk zu unterdrücken. Die Pflücker im Handwerk kommen nicht daher, daß die jungen Leute ihr Handwerk nicht mehr lernen wollen, sondern aus der Art, wie das Handwerk heute als Anhängel der Großindustrie und des Handels arbeiten muß. Im Handwerk herrscht schon vollständige Arbeitsteilung. In dem „Arbeitsmarkt“ der „Neue-Zeitung“, den dieses Blatt bei seinen sonstigen Verhandlungen noch immer festgehalten hat, werden z. B. gesucht: Schneider auf Westen, Rockschneider, Schneider auf Hosen, „Sehr saubere Hofschneider“. Daß ein Schneider einen vollständigen Auszug machen kann, ist in großen Städten außerordentlich selten; ein Zuschneider kann einen Rock wohl zuschneiden, welche aber in Verlegenheit kommen, wenn er ihn selbst machen sollte. Ferner werden im „Arbeitsmarkt“ gesucht: Kastenmacher, Tischler auf kleine Arbeit, Möbelpolirer, Tischler auf Untersätze, auf Bettstellen, auf Spindeln u. s. w. Einen in seinem Fache vollständig ausgebildeten Handwerker giebt es also nicht, und darum können Sie auch die Lehrlingszucht nicht mit Erfolg bekämpfen. Frauenarbeit und Lehrlingszucht haben denselben Zweck: billige Arbeitskräfte zu gewinnen, um die Konkurrenz auf dem Weltmarkt bestehen und etwaigen Streiks die Spitze abbrechen zu können. Diesen Entwicklungsgang werden Sie mit Ihren Anträgen nicht aufhalten können. Gelingt es Ihnen aber, Ihre Anträge durchzuführen, so wird die Verfeindung zwischen Gesellen und Unternehmern nur noch größer werden. Ueber die Handwerkerkammern zu sprechen, hat keinen Zweck, so lange die betreffende Vorlage nicht bekannt ist. Aber eine Frage ist wohl am Platze, die Grillenberge schon im vorigen Jahre gestellt hat: Wenn die Handwerkerkammern eingerichtet werden sollen, welche Stellung soll den Arbeitern dabei eingeräumt werden? Darüber eine Aeußerung der Regierung zu hören, wäre von höchstem Interesse, denn die Arbeiter haben für ihre Organisation keinen Untergrund; die bestehenden Organisationen können, namentlich wenn sie sich politisch mischelig gemacht haben, durch eine Verordnung sehr leicht aus der Welt geschafft werden. Die Drangsalierung der Arbeitervereinigungen hat ja in den letzten zwei Jahren des sogenannten neuen Kursus nachgelassen, ausgenommen Sachsen, was ja immer etwas voraus hat in der Arbeiterdrangsalierung. Aber wer kann garantieren, daß das so bleibt, namentlich wenn ein Ausschwaum wieder eine feste Lohnbewegung bringen wird? Ich bin überzeugt, daß dann das Unternehmertum auf die Politik einen so starken Druck ausüben wird, daß die augenblickliche Schonzeit aufhören wird. Ich frage also: wie denkt die Regierung über die Organisation der Arbeiter? Sind die Vorarbeiten für ein Arbeiterkammer-Gesetz schon gemacht, oder sollen die Arbeiter nach wie vor das Stiefkind bleiben? Ohne das Schreckgespenst der Sozialdemokratie kann ja natürlich eine solche Diskussion nicht geführt werden. Noch Herr Viehl

haben die Innungen das Bestreben gegen die Sozialdemokratie
sein; Getreidefälle und Liebesgaben werden von Herrn v. Frege,
Eisenhölle und Anbahnungsgesellschaft von Herrn v. Stumm, der Frei-
handel von Ricker, die Kolonien von Dammacher und die
Unteroffiziersprämien vom Reichskanzler mit dem Hinweis auf
die Sozialdemokraten verheißt. Und so ist denn auch der
Ruf nach dem Befähigungsnachweis herbeigeführt worden mit
der Androhung: wenn Ihr und den Befähigungsnachweis
nicht gebt, dann kommen die Sozialdemokraten. Ich glaube,
die Sozialdemokraten sind schon da, und die zünftlerischen Bestrebungen
werden am allermeisten die Sozialdemokratie zurück-
drängen. Den besten Beweis dafür liefert das Musterland für
den Befähigungsnachweis, Oesterreich. Oesterreich hat den
Befähigungsnachweis, und trotzdem wächst, blüht und gedeiht dort
die Sozialdemokratie, so daß ich meine herzlichsten Freunde daran
haben konnte. Auf unseren letzten Parteitagen waren es namentlich
die Fabrikarbeiter, die das erste Wort führten. In Oesterreich
sind es vor allen Dingen die Handwerker, welche auf
den Parteitagen die Führung haben, und das hängt wohl mit
der Durchführung des Befähigungsnachweises zusammen. (Beifall
bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Bacher (3): Die Herren von der Linken verhalten
sich durchaus ablehnend, die Sozialdemokraten und Freisinnigen
ganz offen; die Nationalliberalen zeigen durch ihre Mahnung,
man solle sich nur nicht decken, daß ihnen nichts daran liegt,
wenn die Vorlagen schließlich ganz ausbleiben. Unsere
Interpellationen sind nicht nutzlos gewesen; die früheren Hand-
werker-Gesetze sind auf solche Weise herbeigeführt worden; wir
haben in diesem Jahre schon bessere Anlässe erhalten, als im
vorigen Jahre, und wenn die Vorlagen nicht kommen, werden
wir im nächsten Jahre wieder interpellieren. Herr Auer hat so
gemüthlich gesprochen, daß man fast annehmen könnte, er habe
die Handwerker nicht erschrecken wollen (Heiterkeit links).
Die Sozialdemokraten haben früher den Kladderadatsch für das
Jahr 1894 prophezeit; jetzt, wo das Jahr 1894 bedenklich
näher rückt, spricht man vom Ende des Jahrhunderts und am
Ende des Jahrhunderts wird man vielleicht vom Ende des
nächsten Jahrhunderts sprechen. Inzwischen ist Herr Bebel immer
wohlhabender geworden und damit auch besonnen; der
Kladderadatsch ist ihm alsdann nicht mehr so angenehm. (Große
Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.) Aus den Mittheilungen,
welche uns über die Handwerkerkammern gemacht worden sind,
kann ich nicht schließen, daß der Einfluß der Innungen zurück-
gedrängt wird. Wenn es außerdem gelingt, das Lehrlingswesen
zu ordnen, dann ist die Hauptschlacht gewonnen, dann wird sich
ein tüchtiger Gesellen- und Meisterstand herausbilden. Ein
ganzes Jahr hat es gedauert, daß wir den Inhalt der Gesetze
erfahren, deren Titel schon in vorigen Jahre genannt wurden;
soll es noch lange dauern, bis die Vorlagen wirklich kommen?
Ich richte an die Regierung die Bitte: Nehmen Sie sich nicht zu
viel Zeit, denn allgemein wird eine baldige Regelung dieser
Prozeß verlangt, die immer schwieriger wird, je länger man sie
hinausschiebt. Wenn die Regierung nicht zu Weisheiten oder
Neuheiten die Vorlage bringen kann, dann mag sie sie später
bringen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Oherei!) Als
Oherei! Ich freue mich, daß diese fromme Bitte selbst bei den
Sozialdemokraten noch Anhänger hat. (Heiterkeit.) Wie haben
uns bei unserer Interpellation nur auf die Punkte beschränkt,
deren Regelung die Regierung früher in Aussicht gestellt hat.
Damit haben wir auch unsere weitergehenden Forderungen: Be-
fähigungsnachweis und weitere Korbbildungen der Innungen nicht
verzicht. Wir stellen unsere Forderungen nur zurück, um dem Vor-
gehen der Regierung keine Hindernisse in den Weg zu legen. Zeitig die
Vorlage als nicht befriedigend, dann werden wir auf unsere
Forderungen zurückkommen. Möge die Regierung mit derselben
Energie, mit welcher sie den Arbeiterschutz gefördert hat, auch
den Handwerkerschutz fördern. Wir wünschen, daß die Hand-
werker endlich etwas erreichen; wir werden dazu mit der Regie-
rung Hand in Hand gehen, oder auch mit Hilfe der Konser-
vativen gegen den Willen der Regierung. (Beifall im Centrum
und rechts.)

Abg. Goldschmidt (Df.) kommt auf die Beschwerde der
Gastwirthe Berlin gegen die Innung der Gastwirthe zurück. Die
311 Innungsmitglieder treiben Beiträge von den 715 Gastwirthen
ein, welche einen oder mehr Gehilfen beschäftigen. Von dem
Beitrag für die Fachschule sind sie befreit worden, weil
der Minister sich überzeugt hat, daß die Fachschule der freien
Bereitstellung ebenso gut ist, wie die der Innung. Die In-
nung hat für eine Herberge 2400 M. im Jahre ausgegeben und nur
20 Gehilfen haben die Herberge besucht; die Innung hat 4454
Stellen nachgewiesen, unentgeltlich; die freien Vereine haben
9038 Stellen gegen Entgelt nachgewiesen. Will man dem Hand-
werk helfen, dann müssen die jungen Handwerker besser vor-
gebildet werden; die Lehrlinge der Innungsschulen fanden aber
hinter denen der Schulen der freien Vereinigung nicht zurück.
Ich glaube nicht, daß das Handwerk seine Zukunft hat. Ich
glaube, daß ihm jetzt wieder die Bahn frei gemacht wird, da-
durch, daß den Handwerkern keine Maschinen zur Verfügung
gestellt werden. Ich empfehle Ihnen das Buch des Mannes, der
leider seit heute morgen auf der Tobtenbahre liegt: des Herrn
Werner Siemens. Frankreich hat längst die Innungen in die
Kampfkammer geworfen und Amerika hat sie niemals gekannt.

Preussischer Handelsminister v. Berlepsch: Die Zahlen-
angaben des Herrn Ricker hat der Herr Vorredner schon be-
richtet; unter den 3000 oder 4000, die Herr Ricker angeführt
hat, befinden sich sehr viele, welche garnicht herangezogen werden
zu bedürfen, weil sie keine Gehilfen haben. Darum habe ich
vorhin hingedeutet, auf die Zahlen einzugehen, bin ich jetzt nicht
in der Lage; ich konnte nicht wissen, daß die Sache heute hier
vorgebracht würde. Die Angaben bezüglich der Herberge kann
ich nicht kontrollieren. Sollte die Innung wirklich für die Unter-
bringung von 20 Personen eine Ausgabe von 2400 M. gemacht
haben, so würde ich das als einen Mißgriff betrachten müssen.
Es handelt sich hier nicht, wie man nach den Ausführungen des
Vorredners annehmen sollte, um eine Geschwerverlegung (Zuruf
links: Ist gar nicht behauptet!), sondern um die Ausführung
eines den Behörden verliehenen gesetzlichen Rechts. (Zuruf
Singer: Und wo bleibt die Antwort bezüglich der Arbeiter-
kammern?)

Abg. Jöst (Soz.): Ich muß konstatieren, daß auf verschiede-
ne Anfragen des Abg. Auer bis jetzt noch keine Antwort erfolgt
ist. Der Abg. Bacher hat durch seine heutige Rede bewiesen,
daß er über einen Gegenstand gesprochen hat, von dem ihm jede
Kenntniß abgeht. Ich sehe seit 20 Jahren mit dem Handwerker-
stande in enger Verbindung und bin auch auf dem Gebiet der
Maschinenwesen einigermaßen vertraut; ich kann ihm nach-
weisen, daß seine heutigen Ausführungen sehr geeignet sind, das
Handwerk rascher seinem Untergang entgegenzuführen, als es
auf dem gewöhnlichen Wege geschehen würde. Es wurde gesagt,
man müsse das Handwerk mit Hilfsmaschinen ausrüsten. Dann
wird die Folge sein, daß die Ueberproduktion noch unendlich
mehr gesteigert und noch größer werden wird, als sie jetzt schon
gegenüber der sinkenden Kaufkraft des Volkes sich darstellt. Wenn
Herr Ricker auf die große Zahl der Arbeiter in den kleinen Be-
trieben hingewiesen hat, so vergißt er, daß der geringeren Zahl
der Fabrikarbeiter die großen Maschinen zur Seite stehen,
welche Tausende von Arbeitern ernähren. Er kommt aus
falschen Voraussetzungen zu dem falschen Schluß, daß das
Handwerk noch lebensfähig ist. Wenn der Abg. Bacher
sagt, daß man bestrebt sein müsse, tüchtigere Lehrlinge, Ge-
sellten und Meister heranzubilden, um damit das Handwerk zu
schützen, so ist das ganz verfehlt; die Handwerker sind nicht
zurückgefallen; sie können heute schon nach Zeichnungen ar-
beiten, freilich die Zünftler nicht; die sind nicht bloß gewerblich,
sondern auch geistig zurückgefallen. Wir haben den Fall er-
lebt, daß ein Vater vor Gericht gestellt wurde, weil er seinen
Sohn bei sich selbst in die Lehre nahm. Die Klage der Innung
wurde freilich zurückgewiesen. Man muß sich doch sagen, daß

der Vater der geeignetste Lehrer für seinen Sohn ist. Aber noch
ein anderer Fall aus neuerer Zeit. Die Fortbildungsschulen
sind doch auch ein Mittel, um den jungen Handwerker zu
bilden. Wer macht nun dagegen Front? Ein ultramontaner
Abgeordneter in der hessischen Kammer. Es wurde
der Fortbildungsunterricht am Tage statt in den Abend-
stunden verlangt. Die Innungsbrüder prophezeiten darauf
den Untergang des Handwerks. Die Zünftler möchten die Lehr-
linge ganz für sich haben, um sie ganz in derselben Weise wie
früher anzubilden; er muß mehr Stiefelsohler und Kinder-
mäddchen spielen als Lehrling. Dieses Ideal möchten die Zünftler
wahrscheinlich wieder herbeiführen, daher sind sie auch gegen
die Verbesserung des Lehrlingsunterrichts. Wenn Sie erkennen
wollen, daß das Handwerk keinen Rückschritt gemacht hat, so
brauchen Sie nur auf die Fortschritte in den Ausstellungsgesell-
schaften von London im Jahre 1861 und von Paris 1889 zu
sehen. Die Nachfrage nach guter Waare hat nachgelassen, die
billige findet immer Absatz. Der Meister muß geschützt werden
gegen die Pflückerarbeit. Wer sind aber die Pflücker? Die
Proleten des Kapitals. Dagegen kann der Hand-
werker nicht wirksam konkurrieren, zumal sich der Großkapitalist
mit viel geringeren Proportoren begnügen kann, als der Hand-
werker. Selbst wenn Sie obligatorische Innungen einführen,
werden Sie nicht erreichen können, daß die Innung den Preis
der Waare festsetzt, welche der einzelne Meister zu liefern hat.
Auch heute klagen die kleinen Meister in der Innung über die
großen, weil diese billiger liefern. Die Innungen werden heute
häufig als eine Organisation zu politischen Zwecken betrachtet.
In Wien sind in Schloffen weigerte sich die Innung, einen Sozial-
demokraten anzunehmen. Seit mehr als 10 Jahren haben Sie
den Handwerker unter die Arme gegriffen und nichts gebessert.
Die Zahl der kleinen Meister soll zugenommen haben,
aber das sind meist nur angebliche Handwerksmeister,
die in Wirklichkeit schlimmer dran sind als die Fabrik-
proletariat. Das Handwerk kann nicht weiter existieren,
und es hat Front zu machen nicht mit dem Kapital gegen die
Arbeiter, sondern mit den Arbeitern gegen das Kapital. Tausende
und Abertausende haben das schon erkannt und diejenigen, die
das noch nicht erkannt haben, wollen wir nicht unterjochen durch
eine künstliche Organisation. Denn es ist ein wirtschaftlicher
Wahnsinn, zu glauben, daß das Handwerk mit dem Fabrikanten
konkurrieren könne.

Abg. Müller (natl.): Wir sind für die Vorschläge des
Staatssekretärs, weil wir dem Handwerk ebenso wie dem Handels-
stande und der Großindustrie eine geordnete Vertretung geben
wollen. Die Handelskammern werden freiwillig da eingerichtet,
wo ein Bedürfnis vorhanden ist; so wird es auch bei den Handwerker-
kammern sein. Das Handwerk soll befreit werden aus den
Händen von Agitatoren, welche unerfüllbare Hoffnungen erweckt
haben. Die intelligenten Handwerker können auch jetzt noch be-
stehen; wer aber seine Zeit nicht versteht, der wird die Folgen
zu tragen haben.

Abg. Goldschmidt (Df.) erklärt, daß er dem Minister keine
Geschwerverlegung vorgeworfen habe. Er habe überhaupt nicht
sprechen wollen, habe aber das Material aus der Bibliothek sich
beschaufelt und das hätte der Minister auch gekannt.

Abg. Ricker (Df.): Ich weiß nicht, wie der Minister meine
Zahlen, die der Vorsitzende des Gastwirtheverbandes angeführt
hat, als falsche bezeichnen konnte, während er selbst erklärte, daß
er die Zahlen nicht kenne.

Abg. Liebermann von Sonnenberg (Natl.) teilt der
Ankunft entgegen, daß das Handwerk zum Untergang ver-
urtheilt sei. Allerdings habe das Handwerk unter der Ein-
führung der Maschinen gelitten, namentlich weil zu dieser
Zeit die Innungen aufgelöst wurden, statt daß man sie
gestärkt hätte. Die Elektricität ist vielleicht dazu geeignet,
den Handwerkern zu helfen. Wenn man den Handwerkern und
Arbeitern helfen will, dann soll man nicht bloß die Unzufrieden-
heit schüren, sondern auch lebensfähige Organisationen bauen im
Sinne der laienlichen Volkswirtschaft. Je mehr man sich mit den
Herren Sozialdemokraten beschäftigt, desto weniger scheinlich er-
scheinen sie. (Heiterkeit.) Nach ihrem letzten Parteitag muß
man sagen: sie sind ja Revolutionäre im Schlafrock und Pant-
stößel geworden. (Vizepräsident Graf v. Helldorf bittet
den Redner bei der Sache zu bleiben.) Die Sozial-
demokratie verkennt das Lebensbedürfnis, welches im
Handwerklerstande steckt, und sie verkennt das Staatsinteresse,
welches so viele Existenzen nicht untergehen lassen kann.
Die Meinung des Staatsmannes, der da sagt: Laßt nur die
Handwerker zu den Sozialdemokraten gehen, die Regierung ist
stark genug, wird nicht von vielen Vaterlandsfreunden geteilt
werden. (Zustimmung rechts.)

Abg. Bebel: Ich bedauere, daß der Name meines früheren
Associés hier in die Debatte gezogen ist und daß von seinem
Charakter ein falsches Bild entworfen ist. Der Mann, der mir
persönlich sehr nahe steht, hat namentlich in der Zeit, wo ich auf
Grund der Verlagerungszustände aus Leipzig ausgewiesen war,
das Geschäft mit großer Thätigkeit und Ausdauer aufrecht er-
halten. Ich bin nie Großfabrikant gewesen, das Ge-
schäft, aus welchem ich 1884 austraten mußte, beschäftigte ganze
dreißig Arbeiter. Meine soziale Stellung läßt es heute mehr wie
je zu, zu wünschen, daß der Kladderadatsch recht bald kommt
und mein höheres Alter hindert mich nicht, um so lebhafter
zu wünschen, daß mein Jugendideal verwirklicht werde. Daß das
Handwerk noch eine Zukunft habe, kann nur jemand sagen, der
die Entwicklung des Handwerks nicht verfolgt hat. Wenn das
Handwerk Maschinenkräfte in größerem Maße verwenden könnte,
so würde die Produktion gesteigert und dabei die kleine Pro-
duktion vernichtet werden. Glaubt man denn wirklich,
daß der kleine Handwerker durch Ausnutzung der Elektricität
mit dem Großkapitalisten konkurrieren könnte? (Zuruf:
Ja!) Wenn das wirklich der Fall sein sollte, wes-
halb haben denn die reichen Leute, die hier im Reichs-
tage sitzen, den Handwerkern das noch nicht durch
Experimente nachgewiesen? Sobald das bewiesen wird,
will ich meinen Irrthum hier bekennen. Die Handwerks-Lehrlinge
treten sofort nach ihrer Ausbildung möglichst schnell in die Fabrik,
weil dort die höchsten Löhne gezahlt werden. Mit Ihren Hilfs-
mitteln helfen Sie dem Handwerk nicht. Allerdings werden die
Handwerker nicht bis zum letzten Mann verschwinden, es wird
immer noch, wie selbst in England, eine geringe Zahl übrig
bleiben, die zu Reparaturen Verwendung findet; aber der Stand
als solcher geht ebenso zu Grunde, wie der kleine Bauernstand.
Wie begreifen ja Ihren Standpunkt, daß Sie den kleinen Hand-
werker- und Bauernstand erhalten wollen, denn darauf beruht
ja Ihre Existenz als politische Partei. Aber alle diese
Bemühungen scheitern an der Macht der Verhältnisse. Herr
Liebermann v. Sonnenberg sieht in dem kleinen Handwerk
Ausern in dem Schuhwall gegen die Sozialdemokratie. Es
sind keine Quader, es ist nur Flugand, der leicht weg-
geschwemmt wird und auch das Eindringen der Sozialdemokratie
in das Handwerk nicht verhindern wird. Die Handwerker werden
selbst einsehen, daß sie keine andere Rettung haben, als im
neuen sozialen Staat. Für tausende und abertausende
kleiner Handwerker wären selbst die Kosten unerschwinglich,
die Ihre geplante neue Organisation verursachen würde.
In Oesterreich kann man ja den Kleinbetrieb künstlich
noch einige Jahrzehnte erhalten können; denn Oesterreich
steht in der ökonomischen Entwicklung unendlich weit hinter
Deutschland zurück. Während die deutsche Industrie mit 4½
Millionen Pferdekraften arbeitet, kann Oesterreich-Ungarn nur
1200000 aufweisen. Das kleine Handwerk hat also dort noch
eine viel größere Bedeutung. Die Kreditoren haben uns mit
Petitionen beauftragt, in welchen sie zum Schutze gegen die
Konkurrenz der ebenfalls keine Maschinen besitzenden
Bäckereimeister die Herstellung des Befähigungsnachweises
wünschen. Wird dies ausgeführt, so werden sie sehen, daß
damit gerade das Gegentheil erreicht wird. Es herrscht im Hand-

wert vollständige Arbeitstheilung. Tausende von Handwerker
können nur einen einzelnen Gegenstand herstellen. Was sollen
z. B. die Klempner noch selbst her von den Waaren, die sie in
ihren Läden verkaufen? Sie machen nur noch Reparaturen und
bringen mal ein paar Abfallrohre am Bau an. Wie ein
Schlosser können noch selbständig Schlosser machen? Wenn wir
noch Herrn Liebermann v. Sonnenberg nur noch Revolutionäre im
Schlafrock und Pantstößel sein sollen, so weiß ich nicht, warum 1894
das Sozialistengesetz gemacht ist. Wie waren damals dieselben
heute, nur sind wir eine größere Partei geworden, die mehr Fortsch-
ritt macht, als eine kleine Partei. Die Regierung täuscht sich sicherlich
selbst nicht über die Erfolglosigkeit der angebotenen Maßregeln,
aber sie kennt die Bedeutung des Handwerkerhandels für ihren
Staat, sie muß ihn aufrecht erhalten, und so kommt sie zu solchen
Vorschlägen, obwohl sie selbst einseht, daß dieselben die Ent-
wickelung nicht um ein Jota aufhalten. (Beifall bei den Sozial-
demokraten.)

Damit schließt die Besprechung der Interpellation.
Vizepräsident Graf v. Helldorf theilt mit, daß um
8¼ Uhr die neuen Steuerprojekte eingegangen sind.
Schluß gegen 8 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr.
(Anträge aus dem Hause.)

Tokales.

Parteigenossen und Genossen! Im Einverständnis
mit dem Agitations-Komitee von Brandenburg fordern wir die
Berliner Genossen und Genossinnen sämtlicher Wahlkreise auf
sich an einer am Sonntag, den 11. d. M., stattfindenden Agita-
tionskonferenz für den Nieder-Barnimer Kreis zu betheiligen. Parteige-
nossen und Genossinnen! Es gilt für die Sache des Proletariats
zu arbeiten, die Landbevölkerung aufzuräumen, aufzumuntern,
denn es ist bei der augenblicklichen politischen Lage nicht voranzu-
gesehen, was in den nächsten Monaten eintreten kann. Darum
Genossen und Genossinnen, alle den 11. d. M. am Plage, um
mit zu arbeiten an einer unserer Aufgaben, die Landbevölkerung
für unsere Ideen zu gewinnen. Geeignetes Material zum Ver-
breiten sehr willkommen!

Abfahrt: Schleißer Bahnhof 8,28, Stralau-Rummels-
burg 8,32, Friedrichstraße 8,40. Treffpunkt: 7¼ Uhr Stralau-
Rummelsburg, Bahnhof-Restaurant. Ziel: Strausberg Bahnhof.
Die Vertrauensperson: J. M. V. Schneider, Schriftführer.

Professor Rudolf Virchow hat auf Veranlassung des hiesigen
Vereins für Feuerbestattung ein ärztliches Gutachten abgege-
ben über die Möglichkeit der Einführung der fakultativen
Feuerbestattung namentlich bei solchen Personen, die an Cholera
oder sonstigen epidemischen Krankheiten verstorben sind. Er er-
klärt, daß er in voller Aufrechterhaltung der von ihm bereits im
preussischen Landtag 1881 dargelegten Meinung, die Feuer-
bestattung vom sanitären sowohl als vom volkswirtschaftlichen
Standpunkt aus für durchaus nützlich erachte. „Zu Zeiten
großer Epidemien“, so schreibt Prof. Virchow an den Vorstand
des Vereins, „sollte die Feuerbestattung geradezu als eine Not-
wendigkeit anerkannt werden. Hochgradige Hitze hat sich nach
meinen Erfahrungen auch schon bei Temperaturen unter der Ver-
breitung als wirksames Vernichtungsmittel der Mikro-
organismen und Ansteckungskeime erwiesen, indem die wirkliche
Verderbnung gewährt eine ungleich größere Sicherheit. Für
größere Städte sollte daher die Feuerbestattung ganz besonders
anzustreben sein, da Massenbegräbnisse auf dem oft in unmittel-
barer Nähe demohneter Gegenden belegenen Kirchhöfen die Be-
sorgnis immer wieder mahnen, daß eine Gefahr für die Nach-
barschaft nicht ausgeschlossen ist.“

Wider den Redakteur Richard Saling ist infolge eines
substantiellen Anzeiges wegen angeblichen Falschmeldens seitens des
königl. Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren eingeleitet
worden. Wie verlautet, handelt es sich dabei um die von Saling
in Sachen Ahlwardt gemachten eithlichen Behauptungen.

Eine umfassende Handfuchung, die allerdings resultlos
verlief, fand gestern zwischen 1/12 und 1/11 Uhr beim Vertrauens-
mann Robert Wenzel, Kopenstr. 41, statt. Die Beamten legten
der Versicherung, daß sich im Hause keine Lieberbücher befinden
sollen, Verth bei und begannen Rufen, Kasten und Betten zu
durchsuchen. Es war aber nichts zu finden. Als einige Packen
die gegobten Hoffnungen noch einmal auslockern ließen, schloß
bittere Enttäuschung. Die Packete erhielten nur Erläuterungen
zum Programm und Raiffeisen-zeitungen. Der Staat war wieder
einmal getreut. — Außerdem wurde gestern beim Vertrauens-
mann des ersten Wahlkreises, Genossen Kohnmann, nach dem
Lieberbüchern gehandelt. Es wurden gegen 100 Exemplare des
„Oesterreich-Consortio“ in Beschlag genommen.

Werner von Siemens ist gestern Nachmittag 5½ Uhr im
Charlottenburg gestorben.

Wir erhalten folgendes Schreiben: In Ihrem Blatte
vom 28. v. M. bringen Sie einen Bericht, welcher den Selbst-
mordversuch des p. Karge behandelt. In diesem Bericht wurde
mitgeteilt, daß der p. Karge am Freitag Nachmittag in einem
Lokal mit Damenbedienung 40 M. verprasste und eine goldene
Uhr für 25 M. versetzte. Diese Darstellung entspricht nicht dem
wirklichen Sachverhalt. Am Donnerstag Nachmittag erschien im
meinen Lokal ein junger Mann, der seinem Auserkenn nach den
Eindruck eines 25jährigen, nicht aber eines 17jährigen Mannes
machte. Derselbe zeigte ein durchaus ruhiges und sicheres Ver-
halten, bestellte zunächst verschiedene Biere und eine Flasche
Wein und langte endlich ein 10 M.-Stück heraus, anscheinend
um zu bezahlen. Zugleich erbat er mich, ihm auf eine goldene
Uhr Geld zu leihen, was ich ablehnte. Er ließ dann
die Uhr durch einen Dienstmann versehen und trug
noch vier Flaschen Wein, worauf er mein Lokal in be-
zogenen Stunde verließ. Am anderen Tage, dem fraglichen Frei-
tag, kam er wieder und bat mich schließlich, ihm auf der Prom-
enade noch 25 M. zu leihen, wozu ich mich nur zögernd durch
den Umstand bewegen ließ, daß er nach Hamourg, seiner Heimath
reisen wollte.

Der p. Karge hat nach meiner Schätzung nur einige 50 M.
nicht 400 M. bei mir gezahlt. Dieser Thatbestand ist durch die
vernommenen Zeugen bestätigt. Hochachtungsvoll A. Reizner,
Bessestr. 3.

Professors Rudheit. Schlaftrunk beslog am Montag
früh nach 6 Uhr ein kleiner etwa zwölffähriger Knabe in
einen kleinen Korb am Arm, in der Nähe der Station Gesand-
brunnen den nach dem Kreuzberg fahrenden Pferdebahnwagen.
Der Wagen war vollständig besetzt, und so mußte der kleine
im Hintergrunde des Wagens zunächst an der vorderen ge-
schlossenen Thür stehen. Kaum hatte er sich dort hingestellt,
als er auch schon anfang einzuschlafen. Als ein Plag frei wurde,
setzte er sich und schlief so fest ein, daß ihn der Schaffner
haderischen Muth, wo seine Fahrt zu Ende war, ziemlich un-
sanft weckte und zum Verlassen des Wagens aufordnete. Der
Schaffner mußte den Knaben wohl kennen, denn er
erzählte den Wagen verlassen hatte, sagte er entrückt
„Der Bengel treibt sich die ganze Nacht in den Straßen herum
und dann schläft er hier im Wagen.“ Sehr richtig! Aber warum
treibt sich wohl der arme Knabe, wie der Schaffner sagte, die
ganze Nacht auf den Straßen herum, was doch sicherlich bei
jetziger Jahreszeit kein Vergnügen ist? Einfach: er muß durch
einen kleinen Handel Geld verdienen, und darum muß sich
das arme Kind die ganze Nacht herumtreiben. Jedenfalls wird
auch der Schulunterricht, welcher nach einer guten Stunde

innen sollte, keinen großen Segen bringen, da er sich nicht wird was erhalten können.

Mit einer argen Holzerei fand das Vergnügen des Vereins Anemose seine Abschluß, das am 27. v. M. im großen Saale des Restaurants Philipp, Rosenfelderstr. 88, abgehalten wurde. Eine Treppe höher lagte der Verein ostpreussischer Ärzte, dessen Mitglieder Bekanntschaften mit den Damen der Vereinsmitglieder der Anemose anknüpfen. Es kam auf dem Korridor zu lebhaften Auseinandersetzungen, die bald in eine förmliche Schlägerei ausarteten. Stuhlbeine, Biergläser, Unterleger, die Reste des kalten Buffets u. s. w. bildeten die Waffen, mit denen man kämpfte. Trotzdem der Ruf nach polizeilicher Hilfe ertönte, zögerte der Wirth doch, nach der Wache zu schicken. Erst als er merkte, daß das ganze Lokal in Gefahr war, demüthigt zu werden, ließ er Schutzeleute herbeiholen. Es war, demüthigt zu werden, ließ er Schutzeleute herbeiholen. Es war, demüthigt zu werden, ließ er Schutzeleute herbeiholen. Es war, demüthigt zu werden, ließ er Schutzeleute herbeiholen.

Der von dem Jäger Wilde im städtischen Obdach durch Messerhiebe schwer verletzte Schlosser Maditz ist im Krankenhause Friedrichshain gestorben.

Ein eigenhändlicher Angriff ist am Abend des 4. d. M. gegen 7 Uhr 30 Minuten auf ein Frä. N. verübt worden. Die Dame begab sich in das Haus Rosenstr. 1, um eine dort wohnende Freundin zu besuchen. Auf der Treppe ging ein unbekannter Mann an ihr vorüber, lehnte darauf, nachdem er die Thürschloßer im zweiten Stockwerk gesehen hatte, zurück und als sie N. zur Seite trat, um ihm Platz zu machen, erhielt sie von ihm, ohne daß ein Wort gewechselt worden wäre, einen Messerhieb, der durch sämmtliche Kleider drang und ihr am Unterleib eine Wunde beibrachte, die glücklicher Weise nur leicht ist. Frä. N. rief um Hilfe, aber es gelang dem Thäter, zu entfliehen. Er ist Frä. N. nicht in der Lage, ihren Angreifer genau zu beschreiben; sie ist nur im stande anzugeben, daß er zwischen 20 und 30 Jahre alt ist und glaubt, daß er einen kleinen schwarzen Schnurrbart hat.

Ein Schwindler hat in der letzten Zeit wiederholt den Versuch gemacht, Fuhrwerksbesitzer zu betrügen. So kam er dieser Tage zu einem solchen in der Waldertstraße und engagierte ihn, Sachen aus der Koppentstraße abzuholen, weil er nach der Waldertstraße in Schlafstube ziehen wolle. Nachdem er Adresse und einige Zeilen an die Wirthin angeschrieben hatte, veranlaßte er den Fuhrwerksbesitzer, 40 Pfg. für Bier und Zigarren für ihn anzusetzen, welchen Betrag er mit dem Fuhrlohn zusammen wiedergeben wollte. Es stellte sich aber heraus, daß die Adresse eine fingierte war. Die Fahrt war also umsonst gemacht und obendrein 40 Pfg. zugegeben. Wie sich ferner herausstellte, hat sich der Schwindler auch von der Schlossstellungsvermieterin 1,30 M. geholt. Derselbe gab an, Eisenbahnbeamter zu sein, der Zeit, welches er dem Fuhrwerksbesitzer mitgegeben hatte, war mit dem Namen Vieh unterzeichnet. Da anzunehmen ist, daß der Schwindler sein Mandat wiederholen wird, sei hiermit vor demselben gewarnt.

Unglücksfall. Gestern Nachmittag gegen 5 Uhr stürzte der Hausdiener Gustav Semmler, der in der Wäscheabtheilung von Eichenberg beschäftigt ist, vom dritten Stockwerk in den Hof. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er fast hinab. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er fast hinab. Er trug so schwere Verletzungen davon, daß er fast hinab.

In der Nacht von Sonnabend auf Sonntag wurde auf den herrschaftlichen Förster von Görden bei Rudau von Wildtieren ein Mordanschlag verübt. Es sind auf ihn mehrere Schüsse abgefeuert worden, doch geht aus der Drahtmeldung, welche über den Vorfall dem hiesigen Polizeivorkommung zugegangen ist, nicht hervor, ob der Förster getroffen worden ist. Als der Thäter dringend verdächtig sind zwei Berliner Einwohner verhaftet worden.

Marktpreise in Berlin am 5. Dezember, nach Ermittlungen des Polizeipräsidiums. Weizen per 100 Kilo. guter von 15,40-15,90 M., mittlerer von 15,10-14,80 M., grünger von 14,70-14,40 M. Roggen per 100 Kilo. guter von 13,50-13,20 M., mittlerer von 13,10-12,90 M., grünger von 12,80-12,50 M. Gerste per 100 Kilo. gute von 16,50-15,90 M., mittlere von 15,80-15,00 M., geringe von 14,90-14,00 M. Hafer per 100 Kilo. guter von 15,90-15,10 M., mittlerer von 15,00-14,30 M., geringer von 14,20-13,40 M. Stroh, Nicht per 100 Kilo. von 10,00-9,00 M. Heu per 100 Kilo. von 40,00-25,00 M. Speisebohnen, weiße per 100 Kilo. von 30,00-20,00 M. Binsen per 100 Kilo. von 30,00-20,00 M. Kartoffeln per 100 Kilo. von 6,00-4,00 M. Hindfleisch per 1 Kilo. von 1,50-0,80 M. Butter per 1 Kilo. von 2,80 bis 2,00 M. Eier per 60 Stück von 5,00-3,00 M. Fische per 1 Kilo: Karpfen von 2,40-1,20 M. Kalle von 2,80-1,00 M. Sander von 2,40-0,80 M. Hechte von 1,80-1,00 M. Barbe von 1,50-0,70 M. Schleie von 2,40-1,00 M. Plei von 1,40 bis 0,70 M. Krebse per 60 Stück von 12,00-2,00 M.

Polizeibericht. Am 5. d. M. Vormittags wurde in der Spree, bei der Lessingbrücke, die Leiche einer unbekannt, etwa 40-jährigen Frauensperson angeschwommen. In der Waldertstraße, am Schloßischen Bahnhof, wurde Mittags ein auf der Durchreise befindlicher Knecht mit einer bedeutenden Schnittwunde am Halse, die er sich mittels eines Messers selbst beigebracht hatte, angetroffen und nach dem Krankenhause am Friedrichshain gebracht. Auf dem Boden des Hauses Paderstraße 3 wurde nachmittags ein Hausdiener erhängt vorgefunden. Vor dem Hause Wandenburgstraße 88 fiel eine 73-jährige Frau infolge eines Schwindelanfalls zur Erde und erlitt eine bedeutende Verletzung an der Stirn, so daß ihre Ueberführung nach dem Krankenhause am Urban erforderlich wurde. Abends fanden zwei kleine Brände statt.

Gerichts-Beilage.

Leipzig, 6. Dezember. Das Reichsgericht verwarf die Revision des Dr. C. Bauer, Redakteur der „Neuen Deutschen Zeit.“

welcher vom Landgericht in Berlin durch Urtheil vom 8. Sept. wegen Verleumdung des Reichsanwalters und des Staatsministers Riquel zu einmonatlicher Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Die Verleumdung war in der Broschüre „Was nun?“, welche die Handelsverträge kritisierte, gefunden worden.

Prozess Ahlwardt.

(Fortsetzung aus der 2. Beilage.)
In den neuen Beweisunterlagen des Verteidigers bemerkt der Präsident: Mir wird hier mitgetheilt, daß diese Urtheile wieder so viele Verleumdungen enthalten, daß der Gerichtshof Bedenken trägt, dieselben hier ohne Weiteres zur Verlesung zu bringen. Der Gerichtshof wird sich zunächst zur Beratung darüber zurückziehen.

Verteidiger: Ich bin mir bewußt, während der ganzen Verhandlung niemand beleidigt und niemand zu Liebe noch zu Verleumdung gehandelt, sondern mich bemüht zu haben, das Rechte zu finden.

Die neuen Urtheile gehen auf Vernehmung zweier Kommandeure und eines Majors in Galm über schlechte Beschaffenheit Löwischer Gewehre, ferner eines Mitgliedes der Ginzgraffschen Expedition und zweier ehemaligen Löwischen Arbeiter, welche leugnen zu wollen, daß alle sachlichen Behauptungen der Broschüre auf Wahrheit beruhen. — Ferner soll bewiesen werden, daß die seiner Zeit vom Kriegsminister im „Reichs-Anzeiger“ erlassene Erklärung, daß die gesammten 425 000 Gewehre sich als tüchtig erwiesen haben, nicht richtig sei, da damals überhaupt erst 125 000 Gewehre erprobt worden seien und die übrigen unerprobt in den Depots lagern. — Weiter wird auf Herrn von Dieß Daber um Beweise darüber Bezug genommen, daß höhere Offiziere die Broschüre Ahlwardt's als ein Verdienst um das Vaterland bezeichnet haben. Der ungarische Kriegsminister soll darüber vernommen werden, daß die ungarische Regierung zwei Mal die Abnahme von 20 000 Gewehren als unbrauchbar zurückgewiesen habe. Daran reihen sich noch zahlreiche andere Beweisurtheile, namentlich wird auch der Beweisurtheil über Herrn v. Waderbarth's vergebliche Anstrengung, die Staatsanwaltschaft zum Einschreiten zu veranlassen, gestellt.

Der Vorsitzende erklärt, daß daran sich noch Deduktionen knüpfen, die zu verlesen der Gerichtshof ablehne, da das nur persönliche Auseinandersetzungen zwischen den Offizieren und dem Verteidiger zur Folge haben würde.

Verth.: Ich würde persönliche Auseinandersetzungen mit den Offizieren nicht scheuen.

Der Gerichtshof behält sich die Beschlussfassung über diese Urtheile vor und der Präsident verlegt um 4 1/2 Uhr die Sitzung auf Mittwoch 9 1/2 Uhr.

Soziale Uebersicht.

An die Bräuer Berlins. Kollegen! Am 11. Dezember läuft die Frist zur Einzeichnung in die Wählerlisten für die Gewerke-Wahlen ab. Wer bis zu diesem Datum noch nicht eingetragen ist, kann später an der Wahl nicht theilnehmen; ferge deshalb jeder Kollege dafür, daß sein Name noch bis zu diesem Datum in die Listen hineinkommt. Am besten werdet ihr verfahren, wenn ihr mit Euren Legitimationspapieren (Militärpaß, Mietkontrakt oder polizeiliche Wohnungsanmeldung) Euch nach irgend einem Meldebureau, welche an den Säulen und im „Vorwärts“ bekannt gemacht sind, hinbegebt, dort Euch ein Antragsformular geben laßt, dasselbe ausfüllt und dem dort anwesenden Beamten dieses ausgefüllte Formular vorlegt. Derselbe wird Euch dieses Formular auf Grund Eurer Legitimationspapiere dann bescheinigen und gleichzeitig die Eintragung in die Wählerliste vornehmen.

Die Kollegen in den Brauereien Hoppoldt und Friedrichshain mögen besonders auf vorstehendes achten, da dem Unterzeichneten zur Aufklärung und Abholung der Antragsformulare in beiden Brauereien der Zutritt von den Direktionen derselben verweigert wurde. Außerdem sei noch bekannt gemacht, daß am Donnerstag eine öffentliche Bräuer-versammlung stattfindet.

Mit kollegialem Gruß
A. Steiner.

Achtung, Friedrichshagen! Die Genossen von Friedrichshagen und Umgegend werden hiermit dringend ersucht, der in der Volksversammlung am 26. November neu gewählten Lokal-Kommission die kräftigste Unterstützung in ihrer Thätigkeit entgegenzubringen. Ihr wißt, Genossen, daß jetzt, wo die hiesigen Lokalbesitzer ihre Taschen nicht so sehr wie im Sommer mit Arbeiterfremdlichkeit füllen können, einige von ihnen auch ihre Arbeiterfremdlichkeit vorerst wieder an den Nagel zu hängen belieben. Gleich im Anfang unserer Thätigkeit haben wir die Erfahrung gemacht, daß die zielbewußten Arbeiter es lediglich sich selber zuschreiben haben, wenn die Herren Wirthse sie nicht in gebührender Weise respektiren. Achts mißhen nur ein jeder Genosse streng darauf, daß in den von ihm und seinen Bekannten besuchten Lokalitäten, auch wenn diese sich nicht zu Versammlungszwecken eignen, ein Arbeiterblatt anliegt, und der Besitzer wird, zu seinem eignen Vortheil, schon diesem berechtigten Wunsch nachkommen. Laßt sich nur niemand durch irgend welche Ausreden täuschen. Es ist ja bekannt, daß die Wirthse zu ihrer Entschuldigend die abenteuerlichsten Dinge, als z. B. daß die Post sich verspätet habe, daß der Mietkontrakt das Halten von Arbeiterblättern nicht gestatte, den bei ihnen verkehrenden Arbeitern vorschwären. Möge jeder Genosse dem Unterzeichneten von betraglichen Fällen Mittheilung machen. Im Auftrage der Lokal-Kommission: W. Heyfelder, Friedrichstraße 117, Friedrichshagen.

An die Mitglieder des Fachvereins der Tischler. Kollegen! Laut Beschluß der außerordentlichen Generalversammlung vom 27. November ist die Wahrung der Interessen der Berliner Tischler dem Deutschen Tischler-Verbande übertragen worden. Damit nun die Mitglieder ihrer Rechte nicht verlustig gehen, soll der Uebertritt zum Verbande bis zum 1. Januar erfolgen. Es ist nun Pflicht aller Mitglieder, den Beschluß so schnell wie möglich zur Ausführung zu bringen. Diejenigen Mitglieder, welche bis Ende Dezember im Fachverein ihre Beiträge bezahlt haben, bekommen die Verbandsbücher sofort ausgehändigt, und zahlen vom 1. Januar die Beiträge im Verband weiter. Einschreibegelde wird von den Mitgliedern, welche ihren Verpflichtungen dem Verein gegenüber nachgekommen sind, nicht erhoben und die Aufnahme erfolgt vom nächsten Sonnabend ab auf allen Zahlstellen des Verbandes und den bisherigen Zahlstellen des Vereins. Nachdem nun eine einheitliche Organisation für die Berliner Tischler geschaffen worden ist, wird es unsommer unsere Pflicht sein, dieselbe durch Zuführung neuer Mitglieder zu stärken, und dahin anzustreben, daß die Organisation für die Interessen ihrer Mitglieder eintreten kann. Nur durch einmüthiges, energisches Handeln können bessere Arbeitsverhältnisse in unserm Gewerbe geschaffen werden. Auch die der Vereinigung fernstehenden Kollegen wollen wir jetzt mehr denn je ermahnen, ihre ablehnende Haltung zu lassen, und sich der einheitlichen Organisation, dem Deutschen Tischler-Verbande anzuschließen, damit wir einen wirksamen Kampf gegen die weitere Gerabdrückung unserer Lebenshaltung führen können. Auf dem, Kollegen, laßt uns einmüthig ans Werk gehen, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben. Am Montag den 12. Dezember suchen in den 4 Verbands-Verhandlungen statt; wir ersuchen die Kollegen, sich lebhaft daran zu betheiligen. Der Vorstand.

Dem Streik, welcher in der vereinigten Dresdener Strohh- und Filzfabrik ausgebrochen, haben nunmehr, wie die „Sächs. Arb.-Ztg.“ mittheilt, die Arbeiter der Loew'schen und der Kronheim'schen Fabrik sich angeschlossen. Sämmtliche Arbeiter der Loew'schen, sowie die Mehrzahl der Arbeiter der Kronheim'schen Fabrik haben am Sonnabend die Arbeit aufgegeben, deßhalb Erzielung der letzten Saisonpreise, hauptsächlich aber zur Erlangung eines Einheitspreises in den maßgebenden Fabriken, um so den immer und ewig sich wiederholenden Nothständen der Fabrikanten: „In der und jener Fabrik wird ja auch bloß soviel bezahlt“, Halt zu gebieten.

Wegen Lohnherabsetzung haben 80 Weber der Firma H. Meink's Erben in Grünberg bei Grasslich in Böhmen die Arbeit niedergelegt. Die Streikenden sind meist Familienväter. Es wird um strengste Fernhaltung des Junags gebeten. Näheres durch Richard Zimmermann, Graveur in Eibenberg bei Grasslich in Böhmen.

Ueber die Frage: ob ein Ortsstatut erlassen werden solle, wonach der von den minderjährigen Arbeitern verdiente Lohn nur von Eltern oder Vormündern erhoben werden könne oder nur mit deren schriftlicher Zustimmung von den jugendlichen Arbeitern selbst, ersuchte der Magistrat Rölls das hiesige Gewerbeamt um ein Gutachten. Ein zwölfköpfiger Ausschuss, welchem laut Regulative diese Sache zur Beratung überwiesen war, hat nun die Frage einstimmig verneint. Danach wäre die Einführung der nach § 119 a der Gewerbe-Ordnung zulässigen, für die jugendlichen Arbeiter unter Umständen sehr nachtheiligen Maßregel vorderhand in Köln fraglich geworden.

Die Elberfelder Arbeitslosen hielten dieser Tage eine Versammlung ab, in welcher die von ihnen in einer früheren Versammlung gewählte Kommission berichtete, daß alle um Beschaffung von Arbeit bei den städtischen Behörden gethanen Schritte vergeblich gewesen seien. Man verweise die Arbeitslosen wieder an die Armenverwaltung. Die Arbeitslosen beriethen nun, was in der trostlosen Sache zu thun sei, und faßten schließlich eine Resolution, in welcher das Verhalten der Stadtverordneten-Versammlung gemißbilligt wird. — Bringt man in Parallele hierzu die Schwierigkeiten, welche Staat und Gesellschaft den Organisationen der Arbeiter bereiten, ferner den Gesekentwurf, nach welchem die Regierung den Arbeitern auch noch das letzte Mittel, die Auswanderung, aufs äußerste erschweren will, so ergibt sich ein Zeitbild, dessen erschütternde Tragik nur jemand stumpf lassen kann, dem im Wohlleben jede Empfindung für das Leid der Beschloßen verloren gegangen ist.

Eine neue Art Arbeitsbüren ist in Luxemburg am 1. Dezember in Funktion getreten. Der „Köln. Ztg.“ wird darüber berichtet: Diejenigen Unternehmer und Arbeiter, welche Arbeiter resp. Arbeit suchen, schreiben ihr Gesuch auf eine Postkarte, welche dem Postamt in Luxemburg als Hauptvermittlungsbüro zugeht. Hier werden sämmtliche Gesuche registriert. Am Abend, nach Eingang der letzten Tagespost, wird eine Zusammenstellung aller eingegangenen Gesuche gedruckt und am folgenden Tage allen Postämtern zugehört. Die Postämter hängen die betreffende Liste an den Schaltern auf. Man verspricht sich von dieser Einrichtung, durch die jeder vom Stand des Arbeitsmarktes Kenntniß nehmen kann, großen Nutzen für das Land.

Die Mainzer Gewerkschaften haben beschlossen, eine Besondere Kommission zu ernennen, welche sich mit den hiesigen Fabrikinspektoren ins Einvernehmen setzen soll, um begründete Beschwerden der Arbeiter zu deren Kenntniß zu bringen. Bis die Herren Inspektoren ihre Zusage gegeben, ist den Arbeiter-Beisthern des Gewerbeamtes diese Funktion übertragen. Die Arbeiter, welche über die Art des Betriebs, der sanitären Verhältnisse u. in den Fabriken sich zu beschweren haben, können jeden Mittwoch in einem bestimmten Lokal ihre Anliegen vorbringen unter der Garantie, daß der Name des Beschwerdeführers verschwiegen wird. Analog dem Vorgehen des hiesigen Fabrikinspektors Wörtschhofer hofft man, daß auch die beiden hiesigen Inspektoren sich für diesen Plan zugänglich zeigen.

Moderne Atteste. Die Elberfelder „Freie Presse“ veröffentlicht folgende Bescheinigung: „Es wird bescheinigt, daß J. L. in hiesiger Gemeinde wohnhaft, sich eines ordentlichen Lebenswandels befleißigt, sich auch nie an ordnungswidrigen Vereinen betheiligt hat.“
Rath, den
Der Vorsteher
Schmitz.

Die Leipziger Arbeitslosen protestirten am Sonnabend in einer von über 1200 Personen besuchten Versammlung entschieden dagegen, daß städtischerseits gewährte Unterstützung bei Arbeitslosigkeit als Armenunterstützung betrachtet wird, indem hierdurch das Ehrgefühl des Arbeiters verletzt werde; die städtische Verwaltung könne es jedenfalls mit ihrer Pflicht nicht vereinbarlich halten, das sittliche Gefühl der Einwohnererschaft herabzumüthigen. Die Versammlung beschloß, diese Anschauung dem Rathe der Stadt schriftlich kundthun zu lassen. Ferner verlangte sie, daß etwaige Maßnahmen in Bezug auf Unterstützung in der Leipziger Tagespresse veröffentlicht werden.

Krankenkassenwesen. Wie der „Reichs-Anzeiger“ mittheilt, ist vom Reichsanwalt folgenden Klassen die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie vorbehaltlich der Höhe des Krankengeldes den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügen: der „Großen Arbeiter-Kranken- und Sterbekasse“ früher Kranken- und Sterbekasse des Hilfsvereins für Arbeiter in Hamburg; der Hamburger allgemeinen freien Kranken- und Sterbekasse in Hamburg; der Kranken- und Begräbniskasse des Vereins für Handlungs-Kommiss von 1858 in Hamburg; der Krankenkasse für Handlungs-Kommiss von 1826 in Hamburg; der Neuen freien Kranken- und Sterbekasse früher „Die Weidener Schützengesellschaft“ in Hamburg; der Kranken- und Sterbekasse „Wohlfahrt“ in Hamburg; der Kranken- und Sterbekasse „Vogelknecht“ in Hamburg; der Kranken- und Sterbekasse der Tischler und im Tischlerfach beschäftigten Arbeiter für Hamburg und Umgegend; der Zentral-Kranken- und Sterbe-Unterstützungskasse der deutschen Schiffbauer in Hamburg; der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der deutschen Bildhauer in Bremen.

Brümmigkeit bringt Segen. Die Aktiengesellschaft für Lokomotivbau „Hohenzollern“ vertheilt, wie die „Elberfelder Freie Presse“ berichtet, diesmal 28 Prozent Dividende. Das ist selbst heutzutage ein etwas hoher Profit, aber man muß ihn der „Hohenzollern“ schon gönnen. Der Leiter dieser Fabrik läßt an „seiner“ Arbeiter den evangelischen Arbeiterfreund“ gewissenhaft vertheilen, auch hat er für sie in der Fabrik einen Besaal eingerichtet. Wenn weiter die Fabrik mit diesen Belegungen arbeitet, so daß einem Arbeiter oft drei bis vier jungen Leute zugehört werden sollen, so kann darin natürlich nur ein gläubiger Sozialdemokrat eine egoistische Maxime erblicken, die zu dem reichen Segen von 28 Prozent irdischen Wammons in zahlenmäßigem Verhältniß steht.

Die Bevölkerungsbewegung in Sachsen zeigt im Jahre 1890 einen nicht unerheblichen Rückgang der Geburten, wenn man sie mit dem Durchschnitt des letzten Jahres vergleicht. Während in Sachsen in den 5 Jahren von 1885 bis 1890 durchschnittlich 43,24 Geburten auf 1000 Lebende kamen, sind im Jahre 1890 nur 41,90 Geburten auf 1000 Lebende gekommen. Dagegen hat sich die Zahl der Gestorbenen von 89 992 im Jahre 1889 auf 93 439 im Jahre 1890 erhöht. Zwar sind die verminderten Geburtenzahl entsprechend auch weniger Kinder im ersten Lebensjahre gestorben, aber die übrigen Alters-

Gerichts-Beilage.

Ahlwardt und die „Judenlisten“.

VII.

Nach Eröffnung der Sitzung theilt Landgerichtsdirektor Brausewetter mit, das die gestern vorgeladene Gräfin Hohenthal erkrankt und deshalb nicht anwesend sei.

Zunächst wird Polizeipräsident v. Richthofen noch einmal über seine Begegnung mit Herrn v. Langen vernommen. Derselbe wiederholt seine erste Bekundung. Er befreit, daß Herr v. Langen ihm gesagt habe, daß er im Auftrage Ahlwardts käme, letzteren unten waris und er (Zeuge) doch die Sache in die Hand nehmen wolle. Das habe Herr v. Langen vielleicht sagen wollen aber nicht gesagt, vielleicht weil er in der ganzen, etwa 3 Minuten dauernden Unterhaltung dem Herrn von Langen ein reservirtes Verhalten zeigte. Der Name Ahlwardt sei nur einmal genannt worden und zwar von ihm (Zeugen). Herr v. Langen habe gesagt, er sei zwar Laie, da er Kavallerie-Offizier sei, aber daß ich er doch, daß es sich um staatsgefährliche Dinge handle. Ich habe, so führt Polizeipräsident v. Richthofen fort, meines Wissens gesagt, daß er sich doch an die Militärverwaltung wenden möchte. Ich hätte, wenn ich auch mich auf die Sache eingelassen hätte, Nichts weiter thun können, als die Sache an die Militärverwaltung weiter zu geben, da von dieser Seite doch erst die Grundfrage zu klären hätte gegeben werden müssen. Ich hatte das Gefühl, daß ich gewissermaßen als Vorspann für eine antisemitische Sache gebraucht werden sollte und da ich mich in meiner Stellung selbstverständlich dazu nicht hergeben konnte, so verhielt ich mich reservirt. Da sich die Sache so zugepielt hat und man mir gewissermaßen auch einen Vorwurf machen will, so wird es doch angezeigt sein, auf die Verbreitung der Broschüre näher einzugehen. Ich war zunächst im Zweifel über den Zweck des Besuchs und beauftragte nachher einen Beamten, den Besuch der Erkundigungen einzuziehen. Die Zeit war ja auch viel zu kurz, um etwaige Schritte einzuleiten, am Sonntag Mittag war Herr v. Langen bei mir und am Dienstag Nachmittag war die Broschüre bereits veröffentlicht. — Rechtsanwalt Hertwig: Ich richte an den Zeugen die Frage: Ist bei der Unterredung mit Herrn v. Langen in Erwähnung getreten, daß es sich um die Anzeige einer strafbaren Handlung handle? — Zeuge v. Richthofen: Das glaube ich nicht. — Rechtsanwalt Hertwig: Ist dem Herrn Zeugen der § 56 der Straf-Prozess-Ordnung bekannt, wonach die Polizeibehörde bei Erstattung einer Anzeige einer strafbaren Handlung bei der Staatsanwaltschaft das weitere zu veranlassen und den Anzeiger zu Protokoll zu vernehmen? — Präs.: Ich muß es ablehnen, daß der Verteidiger einen hohen Beamten in dieser Weise examiniert, zweifellos wird der Herr Polizeipräsident die Strafprozess-Ordnung kennen. — Verteidiger: Das ist mir unerklärlich, der Herr steht hier nicht als Polizeipräsident, sondern als Zeuge.

Herr von Langen und Herr von Richthofen suchen sich über die Einzelheiten ihrer Unterhaltung auseinanderzusetzen und zu verständigen. Herr von Richthofen bleibt dabei, daß der Zeuge von Langen ihm nicht gesagt habe, Ahlwardt warte unten. Zeuge v. Langen versichert wiederholt, daß er dem Polizeipräsidenten gesagt habe, der Verfasser sei erent, bereit, jede Veröffentlichung zu unterschreiben, wenn Herr v. R. die Sache in die Hand nehmen wolle, denn es handle sich um staatsgefährliche Dinge. — Ich habe in dieser Sache mit Antisemitismus nichts zu thun gehabt. Ich habe meine Pflicht der Anzeige erfüllt und hatte geglaubt, daß der Polizeipräsident als Chef der politischen Polizei die richtige Instanz sei.

Präs.: Ich wundere mich doch, daß Sie so vertrauensselig bezüglich Ahlwardts waren. Wenn demselben an der Veröffentlichung der Broschüre nichts gelegen war, dann hätte er doch schon früher mit dem Manuskript zu dem Herrn Polizeipräsidenten gehen können, anstatt größere Geldsummen zunächst zum Druck des Manuskripts zu verwenden und dann in der letzten Stunde zu kommen.

Zeuge v. Langen: Ich war nicht in Berlin und kam erst am Sonnabend hier an. Die Abmachungen des Angeklagten mit seinem Verleger bezüglich des Termins zur Veröffentlichung der Broschüre waren schon früheren Datums.

Polizeipräsident v. Richthofen: Hätte der Herr Zeuge den Antrag gestellt, ihn zu vernennen, so hätte ich ihn an den dienstherrschenden Kriminalkommissarius gewiesen oder aufgefordert, schriftlich einzukommen. Der Polizeipräsident ist nicht in der Lage, auf Wunsch eines Herrn, den er bis dahin nicht kannte, ein Protokoll anzunehmen.

Rechtsanwalt Hertwig: Die ganze Broschüre hatte doch den Charakter einer einzigen großen Strafanzeige und einer schriftlichen Anzeige.

Angeklagter: Ich habe Tage lang mit der Sache gearbeitet und der Ansicht des Herrn von Langen mit Angebuld entgegengekommen. Herr von Langen hatte auch die Hoffnung, daß sein Wunsch bei dem Polizeipräsidenten von Erfolg sein werde. Schriftlich konnte ich mich nicht an das Polizeipräsidenten wenden, denn der zweithöchste Beamte des Polizeipräsidenten ist kein Vertrauensmann für mich. Ich weiß, daß Briefe, welche an den Präsidenten gerichtet werden, von demselben nicht selbst geöffnet werden.

Polizeipräsident v. Richthofen: Jeder Brief an mich wird, wenn ich in Berlin anwesend bin, nur von mir persönlich geöffnet.

Erster Staatsanwalt Drescher: Gegen die betreffende verdächtige Aeußerung des Angeklagten ist meinerseits nicht Einsprache erhoben, weil ich weiter kommen möchte. Hier werden ja fort und fort Verdächtigungen auf Sachverständige und Zeugen ausgeübt. Kein Beamter, kein Sachverständiger, der nicht dem Angeklagten günstig ausfällt, kommt ohne Verdächtigung fort.

Angekl.: Ich vermahne mich ganz entschieden dagegen, den Herrn Polizeipräsidenten verdächtigen zu wollen.

Präs.: Jeder hat ja hier gesehen, daß kein Zeuge, kein Beamter, der hier nicht zu Gunsten des Angeklagten aufgeföhrt hat, ohne Verdächtigungen seitens des Angeklagten oder seines Verteidigers fortgelassen ist.

Rechtsanwalt Hertwig: Ich überlasse das Urtheil über die letzten Aeußerungen des Herrn Präsidenten, der in Angriffen gegen die Verteidigung mit dem Ersten Staatsanwalt zu weiterem bemüht ist, dem Publikum.

Präs.: Ich muß diese Bemerkung als durchaus ungehörig zurückweisen. Solche Angriffe gegen mich werde ich unter keinen Umständen dulden. Ich bemühe mich, die Verhandlung in voller Ruhe zu führen.

Zeuge Graf Hohenthal wird ausgerufen.

Präs.: Es wird von der Verteidigung behauptet, daß Sie in einem feinen Restaurant ein Gespräch eigener Art geführt haben. Sie wissen wohl, worum es sich handelt, und ich bitte Sie, Alles darüber mitzutheilen, was Sie wissen. — Zeuge Graf Hohenthal: Es kann nur ein Erlebnis gemeint sein, welches, soweit ich mich entsinnen kann, im Februar 1889 geschehen ist. Ich begab mich gegen Mittag mit meiner Frau zu Borchardt. Es war im Vorderzimmer nur ein Tisch mit drei Herren besetzt.

Wir nahmen, um gegenseitig nicht zu hören, an einem entgegengesetzten Tische Platz. Meine Frau las Zeitungen, ich mußte wohl oder übel dem Gespräch meine Aufmerksamkeit schenken, welches etwas erregt geführt wurde, da mehrere Flaschen Wein auf dem Tische standen und einer der Herren augenscheinlich etwas schwerhörig war. Einer der Herren wurde als „Herr Oberst“ oder „Herr Oberstleutnant“ titulirt und dies erregte meine Aufmerksamkeit, da ich alter Soldat bin. Das Gespräch der Herren drehte sich um Armeelieferungen, ich weiß aber nicht mehr welcher Art, aber die Tendenz des Gesprächs war wenig vertrauens-erweckend und derart, daß ich mich entschloß, dem Kriegsministerium davon Mittheilung zu machen. Beim Fortgange erkundigte ich mich beim Kellner nach den Namen der Herren und erfuhr, daß es die Fabrikanten Löwe und Kühne seien, den dritten Herren kannte der Kellner nicht. Ich begab mich nach dem Kriegsministerium, wo ich mit dem Dezerenten für Armeelieferungen sprach. Dieser Herr sand meine Mittheilungen so wichtig und interessant, daß er noch einen zweiten Herrn herbeiholte. — Präs.: Können Sie mir nicht den Inhalt des Gesprächs mittheilen, das Ihre Entschloßung erregte? — Zeuge: Ich habe dem Ereignis damals so wenig Bedeutung beigelegt, daß es mir nicht möglich ist. — Präs.: Handelte es sich um Armeelieferungen? — Zeuge: Ich kann es wirklich nicht sagen. — Präs.: Wissen Sie genau, daß das Gespräch im Februar 1889 stattfand? — Zeuge: Mit absoluter Bestimmtheit kann ich das nicht sagen. — Präs.: Der Vertrag der Regierung ist vom 8. Januar 1889. Wissen Sie, ob es vor diesem Jahre? — Zeuge: Ich kann es nicht sagen. — Verteidiger Dr. Hertwig: Herr Graf, wissen Sie nicht, ob die Herren verdächtig von der Armee sprachen und auch davon, daß es so leicht sei, die Offiziere zu täuschen? — Zeuge: Ich kann es nicht sagen und muß mich auf die beiden Herren im Kriegsministerium berufen, vielleicht können diese sich der Einzelheiten noch entsinnen. — Dr. Hertwig: Haben Sie nicht noch anderen Personen Mittheilung gemacht? — Zeuge: Gewiß, ich habe verschiedentlich darüber gesprochen. — Verteidiger: Auch mit dem Herrn von Waderbarth? — Zeuge: Ja. — Oberstleutnant v. Gönsh: Es sind viele Bemühungen gemacht worden, die Herren zu ermitteln, es ist bisher aber vergeblich gewesen, da es sich nicht um eine schriftliche Anzeige handelte. Da Graf Hohenthal nun erklärte, daß er mit zwei Herren in Uniform gesprochen hat und das dieselben zum Reffort des Waffenwesens gehören, so ist es vielleicht doch möglich, die Herren zu ermitteln und wenn der Herr Präsident gestatten, werde ich mich sofort nach dieser Richtung hin bemühen. — Der Präsident gestattet dies. — Präs.: Ich werde hierüber den Oberstleutnant Kühne als Zeugen vernennen. — Verteidiger Dr. Hertwig: Ich protestire dagegen, da Herr Kühne als Mitschuldiger in dieser Frage verdächtig ist. — Präs.: Aber Herr Verteidiger, wissen Sie denn nicht, daß man in jedem Prozesse, sei es im Verleumdungs-Verfahren oder in jedem anderen, den Nebenkläger als Zeuge vernennen kann? Derartige Einwürfe sollte man von einem Verteidiger nicht erheben.

Verteidiger: Ich habe noch einmal hervor, daß der von dem Angeklagten so schwer beschuldigte Herr Kühne immer in eigener Sache mit großem Pomp vortreten und seine Ansichten ausführlich darstellen darf. Wenn der Herr doch wenigstens ebenso behandelt würde, wie die Arbeiter, welche fortwährend unterbrochen, durch Inquiriren verwirrt gemacht werden und gar nicht in die Lage kommen, zu sagen, was sie auf dem Herzen haben.

Präs.: Das ist auch wieder durchaus ungehörig. Ich habe die Arbeiter durchaus nicht verwirrt, sondern dieselben sogar vielfach in Schutz genommen. Gewiß muß ich sorgfältig inquiriren, wenn es sich um Leute handelt, die einen Erpressungsversuch gemacht und welche von Gesinnungsgenossen Geld empfangen haben.

Angekl.: Ich protestire dagegen, daß meine Gesinnungsgenossen Geld gegeben haben. — Präs.: Sie haben nichts zu protestiren. — Verteidiger: Das hat er wohl! — Präs.: Wenn ich von Gesinnungsgenossen gesprochen habe, so liegt darin doch nichts Verleidendes. Ich halte den Antisemitismus in gewisser Weise für nicht ganz unbedeutend oder doch für ebenso verächtlich, wie alle anderen politischen Bewegungen. Möge doch jemand, der Antisemit ist, immerhin diese seine Gesinnung geltend machen, aber denn doch in anderer Weise, wie der Angeklagte. Mir kommt es hier lediglich darauf an, die Wahrheit zu erfahren, dabei ist es uns hier am Gerichtlichsten ganz egal, ob jemand Semit oder Antisemit, Sozialdemokrat oder Konfessioneller ist; das ist uns absolut gleichgültig!

Angekl.: Was Noad gethan hat bezüglich seiner Erpressung, habe ich erst später erfahren. Wir haben damit doch nichts zu thun.

Präs.: Hier ist doch klar und deutlich festgestellt worden, was Noad und seine Genossen gethan hat. Das Jemand, der Rechtsanwalt ist und der Verhandlung beiwohnt, solche Worte gegen mich erheben kann, ist ganz unbegreiflich.

Vert.: Ich mache daraus aufmerksam, daß von einem Erpressungsversuch im strafrechtlichen Sinne gar keine Rede ist.

Präs.: Wenn Löwe sich damals hätte einschüchtern lassen, hätte er die 15 000 M. vielleicht bezahlt.

Angekl.: Ich bitte zu bedenken, daß ich seit gestern etwas erregt bin. Gestern ist mir eine Zusammenkunft mit meinem vierjährigen Sohn und meiner Tochter durch die Dazwischenkunft des Präsidenten vereitelt worden. Darüber bin ich gegen den letzteren erregt bis an das Ende meines Lebens.

Präs.: Ob Sie mich mögen oder nicht mögen, ist mir ganz gleichgültig. Ich habe den alten Grundsatz, Untersuchungs-gesangenen und Strafgefangenen im Laufe der Verhandlung keine Zusammenkünfte zu gestatten. Ich weiß ja, wir werden nach allen Richtungen hin hervorkommen, der Angeklagte thut ja das Seine dazu. Mag der Angeklagte mich lassen oder nicht, das ist mir egal. Ich gestatte aus Grundsatz solche Zusammenkünfte nicht, ob es sich um einen Christen, Juden, Konfessionellen oder Sozialdemokraten handelt. Hier geht es ja jetzt durch das Gebärde wie Pulverfaß, aber das wird uns nicht hindern, unsere Pflicht zu thun. Die erbärmlichen Subjekte, welche mir hier täglich solche schriftliche Nachwerke mit Drohungen zuwenden, können sich darauf verlassen, daß ich sie mit der Verachtung strafe, deren allein sie würdig sind. Daß diese elenden Nachwerke uns nicht in Furcht setzen, werden diese Leute, welche nicht einmal den Muth haben, mit ihrem Namen hervorzutreten, daran sehen, daß wir hier in voller Ruhe verhandeln.

Angekl.: Ich befreite, daß diese Schreiben von meinen Gesinnungsgenossen herrühren.

Präs.: Von Joren Feinden gewiß nicht.

Verteidiger: Ich erhalte hier auch täglich zahllose Briefe.

Staatsanwalt: Wenn schon davon die Rede ist, da könnte ich auch einen Brief vorlegen, der mir heute zugegangen und in welchem die Verurteilung darüber ausgesprochen wird, daß noch niemand auf den Gedanken gekommen ist, den Geisteszustand des Angeklagten untersuchen zu lassen.

Angekl.: Das habe ich erwartet. Nachdem Herr Professor Lazarus unter seinem Eide auszusagt hat, daß ich geistig nicht

gesund sein könne, bedarf es bloß noch einer eidesstattlichen Versicherung über meinen Gesundheitszustand und die Sache ist gemacht.

Oberstleutnant Kühne: Anfang 1889, wo das Gespräch bei Borchardt stattgefunden haben soll, war von einem Betriebe bei uns noch gar keine Rede. Ich wußte deshalb nicht, was ich in bezug auf den Betrieb gesprochen haben sollte. Daß über Gewehrgeschäfte gesprochen worden, ist sehr möglich, denn bei jener Anwesenheit bei Borchardt sah auch der Diesercant Geßlein aus Leipzig bei uns. Ich befreite ganz entschieden, daß unser Gespräch etwas für das Militär Verleidendes gehabt habe. Ich bin auch Offizier und halte als pensionirter Offizier die Grundsätze des aktiven Offiziers aufrecht.

Zeuge J. J. Löwe: Ich kann mich auf den Inhalt eines im Jahre 1889 in dem Borchardt'schen Lokale geführten Gesprächs nicht befinden. Das aber ist absolut unrichtig, daß dieses Gespräch sich darum gedreht haben könnte, wie man den Staat betrügen könnte. Ich habe eine solche Absicht absolut nicht gehabt, kann darüber also auch nicht gesprochen haben.

Es folgt die Vernehmung des Rittmeisters von Waderbarth. — Präs.: Entinnen Sie sich eines Gesprächs, dessen Inhalt der Graf von Hohenthal Ihnen wiedergegeben haben soll? — Zeuge: Jawohl, der Herr Graf hat mir davon erzählt, daß er ein Gespräch zwischen dem Fabrikanten Löwe, dem Oberstleutnant Kühne und einem dritten Herrn geführt habe, welches ihm Veranlassung gab, darüber beim Kriegsministerium zu berichten. Ueber den Inhalt des Gesprächs hat Graf Hohenthal mir nichts erzählt, ich habe auch nicht danach gefragt. — Präs.: Wie äußerte sich Graf Hohenthal zu Ihnen? — Zeuge: Die Unterhaltung kam daher, weil die Broschüre des Rectors Ahlwardt erschienen war. Wir sprachen über den Inhalt und dabei erwähnte Graf Hohenthal des Gesprächs. Ich hielt es für meine Pflicht, mit allen Kräften dahin zu wirken, daß die Broschüre, welche das Vertrauen zu unserer Wehrkraft erschütterte, unterdrückt wurde. Ich begab mich zunächst zum Ober-Staatsanwalt und bat ihn, entweder gegen Löwe oder gegen Ahlwardt vorzugehen. Der Ober-Staatsanwalt meinte, er sei wohl nicht recht kompetent, die Sache müsse der Reichsanwalt in die Hand nehmen. — Präs.: Jawohl, das ist auch geschehen, der Reichsanwalt hat es aber abgelehnt, einzuschreiten, da Landesverrath nicht vorliege. — Zeuge: Ich begab mich dann zum Polizeipräsidenten und bat ihn, die Broschüre beschlagnahmen zu lassen. — Erster Staatsanwalt: Ich bemerke, daß erst nach Stellung des Sitzantrages für die Staatsanwaltschaft Veranlassung vorlag, die Broschüre zu beschlagnahmen.

Zeuge v. Waderbarth erwidert auf eine Bemerkung des Präsidenten, daß es ihm ja allerdings klar sein konnte, daß man sich wegen der gewünschten Inthronung der Broschüre nicht an die richtige Instanz gewendet habe. Es gebe aber doch Dinge, welche das Vaterland und die Armee so eng berühren, daß man sich solchen Anzeigen nicht entziehen kann. Er hatte keinen Zweifel, daß Ahlwardt, den er als ausgezeichneten Patrioten kennen gelernt, sofort die Broschüre unterdrückt hätte, wenn nur Zeugen über die behaupteten Thatsachen vernommen würden.

Präs.: Haben Sie einem der Zeugen Geld gegeben? — v. Waderbarth: Ich habe, nachdem ich auf einer Eisenbahnfahrt die Broschüre gelesen hatte, mir einige der Zeugen kommen lassen, weil ich glaubte, daß Ahlwardt mystifizirt werden sollte und hier vielleicht Personen angenommen waren, um Ahlwardt auf's Glatteis zu führen. Nachdem ich die Zeugen gesprochen, hatte ich eine andere Meinung. Später kamen dann einige der Zeugen zu mir, klagten darüber, daß sie brotlos geworden und baten um Unterstützung. Ich habe nur einmal einem Proskentischer 3 M. Verlaunlich gegeben und ein anderer, Noad oder Gans, hat zweimal 30 M. von mir erhalten. Größere Summen habe ich weder an einen Zeugen, noch an Ahlwardt gegeben.

Verteidiger: Kann uns der Zeuge etwas über Wesen, Bedeutung und Taktik der Alliance israelitis sagen? — v. Waderbarth: Ich habe sehr viel Studien darüber gemacht, halte mich aber in keiner Weise für berufen, hier mich darüber auszulassen.

Der nächste Zeuge ist der Ingenieur Paasch. Derselbe erklärt, daß er selbst in der antisemitischen Bewegung stehe und mit der Entstehung der Broschüre und allen Einzelheiten sehr vertraut sei. Er wisse, daß Ahlwardt nur aus patriotischen Impulsen gehandelt habe. Er sein ja nur ein Laie, habe aber doch nur einige Seiten der Broschüre zu durchblättern brauchen, um zu sehen, daß es sich hier um außerordentliche Dinge handle, welcher man im Interesse des Vaterlandes unbedingt näher treten müsse.

Präs.: War Ihnen denn nicht klar, daß durch diese Broschüre die Liebe des Soldaten zu seinem Gewehr erschüttert werden mußte, daß es nichts Gefährlicheres und Vaterlandloseres geben konnte, als solche Broschüre zu veröffentlichen?

Paasch: Ich bin anderer Meinung. Ich halte dafür, daß sich der Angeklagte ein großes Verdienst um das Vaterland erworben hat. Hoffentlich wird die Folge dieser Broschüre sein, daß Juden in Zukunft nicht mehr solche Lieferungen erhalten. Ich habe mit Ahlwardt Stunden lang in seiner Wohnung darüber berathen, um etwa durch die Broschüre das Vertrauen der Soldaten zu dem Gewehre erschüttert werden könnte. Wir sind dabei zu einem negativen Resultat gekommen. Wir hofften, daß das Schlussergebnis dahin führen würde, daß die Militärverwaltung diese 425 000 Gewehre der Firma Löwe zurückgeben, das Geld dafür wieder einzuziehen und andere Gewehre fertigen lassen würde.

Der Zeuge erzählt dann, daß er mit v. Waderbarth ein Gespräch über die Wahrnehmungen des Grafen Hohenthal im Borchardt'schen Lokale gehabt habe. v. Waderbarth habe gesagt, Graf Hohenthal hätte ihm mitgetheilt, daß Löwe, Kühne und die dritte Person sich über die Leichtigkeit unterhalten hätten, mit der man die Abnahmekommission betrogen könnte.

Erster Staatsanwalt: Das ist ein Widerspruch mit dem Zeugen v. Waderbarth. Derselbe hat uns unter seinem Eide selbst gesagt, daß er den Grafen Hohenthal gar nicht nach dem Inhalte des von den Dreien geführten Gesprächs gefragt habe.

Paasch: Dazu kann ich nicht sagen.

von Waderbarth erklärt, daß er über die Details des Gesprächs allerdings nicht unterrichtet gewesen sei, aber allerdings erfahren hatte, daß es sich um die Firma Löwe und Armeelieferungen handelte. Die Thatsache, daß Graf Hohenthal daraus Veranlassung nahm, bei dem Kriegsministerium vorstellig zu werden, habe ihm gezeigt, daß es sich um wichtige Dinge handle.

Erster Staatsanwalt: Ich mache ferner darauf aufmerksam, daß zu jener Zeit eine Abnahmekommission noch gar nicht bestand.

Verteidiger: Ich bitte darauf doch nicht so großes Gewicht zu legen. Abnahmekommissionen haben doch bei anderen Lieferungen schon bestanden und die Herren können sich ja über Erfahrungen in dieser Beziehung unterhalten haben. Kann und dieser Zeuge Auskunft über die Zwecke und Ziele der Alliance israelitis geben?

Paasch: Gewiß. Seit Monaten bin ich vom Untersuchungsrichter über die Alliance israelitis vernommen worden, habe große Reisen gemacht, viele Briefe geschrieben und wundere

Inch, daß diese Arbeit eigentlich eine vergabliche werden sollte. Ein Jude darf nach seiner sogenannten Religion anderen Leuten über den Inhalt der Sagen des Talmud nicht Kenntnis geben. Er wird andersfalls einfach todgeschlagen. Ebenso ist es mit der Alliance israelite, deren Hauptmitglied Ludwig Löwe war und zu welcher Sidor Löwe 10 M. Beitrag leistet. Die Alliance israelite ist eine gegenseitige Versicherungsgesellschaft. Wenn der Jude 10 M. Beitrag dazu leistet, dann darf er Verbrechen begehen und den Staat betragen, er wird geschützt durch die andern Juden, jüdische Rechtsanwältin und jüdische Offiziere, deren es ja auch gibt, wenn sie auch getauft sind.

Präs.: Die Alliance israelite gehört nur insoweit hierher, ob sie der Firma Löwe den Befehl erteilt hat, Deutschland verlorlos zu machen, um die hirnverbrannte Idee zu verwirklichen, die jüdische Welt Herrschaft zu etablieren. Ist Ihnen davon etwas bekannt?

Paasch: So dumm sind doch die Juden nicht, daß sie davon etwas verstanden hätten.

Hier erhebt sich im Publikum beifälliges Gelächter. Der Präsident rügt das wiederum ernstlich, droht nochmals, den Zuschauerraum zu räumen und läßt vier Schutzleute im Zuschauerraum postieren mit dem Auftrage, jeden sofort vorzuführen, der sich unterheben würde, die Verhandlung zu stören.

Paasch: Mit Einverständnis der Alliance israelite geschähen solche Sachen, im Einverständnis mit der Alliance und dem jüdischen Sittengesetz gefordert es, daß jüdische Lieferanten den Staaten schlechte und unbrauchbare Waare liefern.

Präs.: Derartige Abhandlungen gehen aber denn doch zu weit. Das mag ja ein sehr interessanter Vortrag sein und wer Interesse daran hat, der so kann ja dahin gehen, wo ein solcher Vortrag gehalten wird.

In seiner weiteren Bekundung erklärt Zeuge Paasch u. a., daß der frühere zweite Direktor der Löwischen Fabrik, Herr Barthelme, ein Deutscher gewesen sei, gegen dessen Tätigkeit sich nichts einwenden lasse. Derselbe sei aber ganz plötzlich gestorben. — Zeuge Löwe: Derselbe ist an einer Verkaltung der Blutgefäße gestorben.

Paasch: Es kommt auch darauf an, festzustellen, ob nicht etwa Offiziere jüdischer Abkunft bei der Zuteilung der Lieferungen an Löwe beteiligt waren. — Präs.: Sie wissen doch wohl keinen Namen solcher Offiziere? Die Verträge sind bekanntlich im Kriegsministerium festgesetzt und vom Justiziarat geprüft. Wojo also solche Verdächtigungen?

Paasch: Das ist hier eine Klassenfrage. Wir haben ja doch auch schon einen Kultusminister gehabt. — Vert h.: Wer war das? Herr v. Gopfer? — Präs.: Sollen nun auch noch die Ministerien hier an den Prager gestellt werden? — Vert h.: Die Militär-Sachverständigen haben hier in aller Weisheitsfülle sich äußern dürfen. — Präs.: Der Zeuge Paasch schweigt in Regionen ab, in welche wir ihm hier nicht folgen können. Man sieht doch, wie partiell die Verteidigung vorgeht, daß sie sich hier nun extra an einen Namen anknüpft. Hier soll wieder etwas in den Schmutz gezogen werden. Ich lasse hier aber nichts in den Schmutz ziehen!

Vert h.: Ich ziehe hier nichts in den Schmutz, sondern ich verteidige den Angeklagten Ahlwardt!

Präs.: Sie wissen doch ebenso gut wie ich, daß es eine unanständige Thatsache ist und daß in jener Familie nichts Jüdisches ist. Zeuge Paasch läßt sich dann noch über die Alliance israelite aus. Bei einer Frage des Angeklagten, die sich auf die Anteilnahme der Alliance an der Ermordung Alexander's II. bezieht, erhebt sich der Staatsanwalt und erklärt: Wenn in dieser Weise fortgefahren wird seitens des Angeklagten und des Verteidigers, ganz willkürlich Dinge in die Öffentlichkeit zu werfen, welche dann öffentlich weiter ausgedeutet werden, werde ich augenblicklich beantragen, die Öffentlichkeit auszuschließen, da in der That die öffentliche Ordnung gefährdet wird.

Zeuge Beyer, der noch als Werkmeister in der Löwischen Fabrik beschäftigt ist, bekundet, daß seines Wissens in dem Betriebe Alles ordnungsmäßig zugegangen ist, mit Ausnahme der Unzuträglichkeiten, welche in dem Bereich des Meisters Stangenberg vorgekommen sind. Die Leitung der Fabrik habe sich die größte Mühe gegeben, alle Mängel, die sich im Laufe der Fabrication gezeigt, zu beseitigen. Dies sei beispielsweise auch mit der Gasleitung geschehen, als man auf die Vermutung kam, daß das Gas zu ruffig war und daß hierauf die mangelhafte Lüftung der Bäume zurückzuführen sei.

Der folgende Zeuge, Drechsler Lohar bestätigt die schon von früheren Zeugen bekundete Thatsache, daß bei der Umrüstung Unordnungen vorgekommen sind. An den Angeklagten treffen häufig Depeschen ein, die ihm ausgehändigt werden, nachdem der Präsident Einsicht davon genommen. Wahrscheinlich betreffen dieselben das Wahlergebnis im Kreise Friedeberg-Krönswalde.)

Werkmeister Lindner hat die Gewehre erst in die Hand bekommen, nachdem sie den Beschuh ausgehalten hatten und zusammengekehrt waren. Es sei alles daran gesetzt worden, gute Gewehre zu liefern, das beste Material zu erhalten und dieses sorgfältig und gewissenhaft zu verarbeiten.

Werkmeister Schmidt hat 17 Jahre lang in der Löwischen Fabrik gearbeitet. Es lag ihm ob, das Material zu prüfen. Wenn Säue und Absaugbleche aus Spanbau kamen, hatte er dieselben zu beschicken. Er behauptet, daß dabei mit der größten Sorgfalt vorgegangen wurde. Risse oder blasse Stücke wurden einfach zurückgeworfen. Im Anfang der Fabrication sei das Glühverfahren nicht auf der Höhe gewesen, es sei deshalb viel Bruch vorgekommen. Diesem Uebelstand habe man bald abgeholfen und dann sei fast kein Bruch mehr vorgekommen.

Der folgende Zeuge, Werkmeister Heinrich, hat die Kisten gearbeitet. Das Material wurde aus den besten Quellen bezogen, der Zeuge hat das von der Firma von Quercus gelieferte Material nicht verarbeitet können und deshalb zurückgeschickt, weil es seinen Anforderungen nicht genügte. Der Zeuge meint, daß jeder Meister bestrebt gewesen ist, auf seinem Gebiete das Beste zu liefern.

Oberbüchsenmacher Kramß hat seine Tätigkeit beim Revisions-Kommando gehabt. Er bestreitet auf Verfragen, daß ihm je etwas darüber zu Ohren gekommen sei, daß schlechte Arbeit geliefert werden sollte, er selbst habe es an strenger Beaufsichtigung nicht fehlen lassen.

Zeuge Bretschneider bekundet, daß verschiedene Unregelmäßigkeiten vorgekommen seien. Er sei beim Schloßbau beschäftigt gewesen. Er habe mehrfach schlechtes Material geliefert erhalten, das er zurückwies. Darauf sei Oberlieutenant Kühne eines Tages an ihn herantreten und habe gesagt: „Wenn das nicht besser klappt, schmeiß ich die Kerl heraus!“ Der Zeuge habe diese Versicherung darauf bezogen müssen, daß Oberlieutenant Kühne das häufige Zurückweisen des Materials rügen wollte. In betref der von den Offizieren vorgenommenen Revision erklärte der Zeuge, daß in der Fabrik arge Täuschungen vorgenommen wurden. Sie hatten eine Spiegelvorrichtung in ihrer Arbeitsstätte derauf angebracht, daß sie den Eingang zur Fabrik überwachen konnten. Sie hätten also sehen können, wenn einer der Revisions-Offiziere sich der Fabrik näherte. Nun hätten sie gute vortätige Theile gehabt, welche „Lieutenants-Theile“ genannt wurden. Diese Theile wurden dem revidierenden Offizier vorgelegt und derselbe dadurch getäuscht. Der Zeuge erklärt auf Verfragen, daß Oberlieutenant Kühne davon wissen mußte, daß Puscharbeit geliefert wurde, eine Thatsache für diese Behauptung vermag der Zeuge aber nicht anzugeben. — Präs.: Ist auf Sie von irgend einer Seite eingewirkt worden? — Zeuge: Ja, das heißt von der entgegengesetzten Seite. Ich fand eines Tages in meinem Briefkasten eine Wistenkarte mit einem mir einfallenden jüdischen Namen. Es handelte sich um den Buchhändler von Groningen kommen, wo man mir etwas Wichtiges mitzutheilen habe. Ich ging hin und traf hier

drei Herren, von Groningen, Eichtenstein und einen mir fremden Herrn. Eichtenstein verhandelte mit mir. Er empfing mich mit den Worten: „Hören Sie mal, die ganze Aussage, die Sie vor dem Revisor Ahlwardt abgegeben haben, ist erlogen.“ Ich sagte: „Nun, wenn Sie das meinen, dann ist es ja gut.“ Dann lenkte Eichtenstein ein und stellte mir vor, daß es doch nicht schaden könne, wenn man den Fabrikanten, die sich am 1. Mai so gegen die Arbeiter verbündet hätten, auf die Füße treten. Ob ich denn nicht wieder Arbeit haben wollte? — „Gewiß“ erwiderte ich „das wäre mir ja sehr angenehm.“ — Nun sagte Eichtenstein: „Wissen Sie was? Wir nehmen eine Droschke und fahren zusammen zu Löwe herunter.“ Ich sagte: Ich würde mich hüten, nachdem ich solche Enthaltungen über die Löwische Fabrik gemacht hätte. Eichtenstein meinte, die Arbeit brauche ja nicht in Berlin zu sein, ich könne ja nach Budapest gehen. Dann stellte Eichtenstein mir vor, daß ich durch meine Arbeitslosigkeit in Schulden gerathen war, er wolle sogar, daß es gegen 300 Mark waren, und erbot sich diese zu bezahlen, wenn ich meine Aussagen gegen Ahlwardt widerrufen wollte. Ich weigerte mich und nun sagte Eichtenstein: „Wissen Sie was? Wir haben Geld. Es kommt mir auf 3000 M. gar nicht an. Es ist gerade, als wenn ein ausgerüstetes Kosakenheer gegen einen alten Mann kämpft.“ Ich weigerte mich aber und ging davon. — Präs.: War Herr Major Hannig bei der Untersuchung der Löwischen Fabrik in der Gischnerstraße oder der Postmannstraße waren? — Zeuge: Wir wußten nicht, welcher von den Revisions-Offizieren unterwegs waren, aber ob die Mitteilung durch Telefon oder Boten geschah, weiß ich nicht. — Angel l.: Ist es Ihnen bekannt, daß der früher in der Löwischen Fabrik beschäftigt gewesene Arbeiter, spätere Droschkenfahrer Kraban auch bei Eichtenstein gewesen ist? — Zeuge: Ich weiß nur, daß Kraban mir erzählt hat, daß er von Eichtenstein Geld erhalten hat und dies muß auch wahr sein, denn Kraban hat thatsächlich viel Geld gehabt.

Major Hannig hebt unter Bezugnahme auf die Aussage des Vorzeugen hervor, daß die Gewehrschlösser in der Löwischen Fabrik so sauber und sorgfältig gearbeitet wurden, wie in keiner anderen Fabrik. Die penibelsten Instrumente seien von der Firma angeschafft worden, um den an sie gestellten Ansprüchen zu genügen.

Oberst Freiherr v. Prakek kommt mit einer Bemerkung auf das angeblich gestohlene und in Dortmund beschlagnahmte Gewehr zurück. Er habe geglaubt, alles thun zu sollen, um den Fall aufzuklären und folgendes ermittelt: Ein Gendarm habe bei einem in der Nähe von Dortmund wohnenden Schlosser eine Anzahl Gewehrtheile des Modells 88 gefunden und beschlagnahmt in der Meinung, daß der Schlosser auf unerlaubte Art in den Besitz der Gegenstände gekommen sei. Die letztere Annahme habe sich als irrig erwiesen und da das Gewehr damals längst freigegeben war, so habe man dem Schlosser sein Eigenthum zurückgegeben. Aus diesem Sachverhalte sei die Beschichte von dem gestohlenen Gewehr entstanden.

Als dann wird der Buchhändler von Groningen nochmals vorgelesen. Er wird über die Behauptung befragt, daß Eichtenstein zum Zeugen Bretschneider gegangen sei. Zeuge von Groningen: Der Schein von 3000 M. besteht wahrscheinlich nur in der Phantasie des Angeklagten. Meine Unterschrift habe ich jedenfalls unter solchen Schein nicht gegeben, und wenn ein solcher Schein mit meiner Firma gestempelt sein sollte, dann müßte der Stempel mißbräuchlich angewendet worden sein. Ich sehe die Herren Löwe und Kühne zum ersten Male hier. Und kam es nur darauf an, Material gegen Ahlwardt zu sammeln, alles andere war uns ganz egal. Mir ist absolut nichts davon bekannt, daß Löwe oder Kühne irgend einem Arbeiter in Aussicht gestellt haben, sie wieder anzustellen, wenn sie gänzlich auslagten. In seiner Gegenwart seien auch dem Arbeiter Sans nicht 10 000 M. angeboten. — Arbeiter Sans erklärt, daß dies seitens des Herrn Mund geschehen und Zeuge von Groningen dabei nicht zugegen gewesen sei.

Hiernach tritt Oberlieutenant v. Gönitz vor und erklärt auf Grund angelegter Notizen zu dem Thema der Anzeige des Grafen Hohenthal: Diese Anzeige ist f. B. aufnehmend bei dem damaligen Oberst v. Frankenberg, jetzt Generalmajor in Königsberg, erhaltet worden. Derselbe ist sofort telegraphisch erlucht worden, auf telegraphischem Wege alles ausführlich mitzuthellen, was auf die Sache Bezug hat. Ein anderer Offizier, der bei jener Mitteilung des Herrn Grafen Hohenthal zugegen war, ist der Major Boh, jetzt noch im Kriegsministerium. Derselbe ist zur Stelle! Ein dritter Offizier, der Major Brinkmann, ist gleichfalls insofern orientirt, als ihm der General von Frankenberg Mitteilung von dem Besuch des Grafen Hohenthal gemacht hat. Auch Herr Major Brinkmann ist zur Stelle! Das auf Grund der Mittheilungen des Grafen irgend etwas Schriftliches widerlegt wäre, ist nicht zu ermitteln. — Major Boh erinnert sich, daß f. B. ein Graf bei dem Oberst v. Frankenberg gewesen ist. Er hörte, daß dem Sinne nach Oberlieutenant Kühne bei dem bewußten Gespräch geduldet haben sollte: er sei froh, daß sein Sohn der Hungerleider-Karriere (dem Sinne nach) nicht angehöre.

Oberlieutenant Kühne: Das Wort Hungerleider-Karriere bestreite ich entschieden gebraucht zu haben. Dazu bin ich viel zu stolz auf meine Militärzeit. Gesagt könnte ich vielleicht haben, daß ich froh bin, daß mein Sohn, welcher einer körperlichen Schaden hat, die militärische Karriere nicht wird einschlagen können.

Major Boh: Ich habe, wenn ich mich recht erinnere, nicht der ganzen Unterhaltung des Grafen Hohenthal mit dem Oberst v. Frankenberg beigewohnt. In meiner Anwesenheit ist aber nicht von dem Gewehr 88 oder von Lieferungen oder von der Art, wie man die Abnahme-Kommission betragen könne, die Rede gewesen. Er würde sich daran gewiß erinnern.

Major Brinkmann hat seiner Zeit vom jetzigen General von Frankenberg erfahren, daß ein derartiges Gespräch mit dem Grafen Hohenthal stattgefunden. Donach sollte sich Oberst-Lieutenant Kühne etwas despektirlich über den Offizierstand ausgedrückt haben. Daß auch vom Gewehr 88 die Rede gewesen, hatte damals General v. Frankenberg nichts gesagt.

Graf Hohenthal, nochmals befragt, erklärt wiederholt, daß er sich auf Einzelheiten nicht mehr besinnen könne und nur wisse, daß in jenem Gespräch in der Weinstube auch von Lieferungen die Rede war.

Der Verteidiger beantragt dringend die Vorladung des Generals von Frankenberg.

Der Erste Staatsanwalt bittet um Ablehnung des Antrages. Selbst wenn in der Weinstube von Herrn Oberlieutenant Kühne etwas Unschickliches gesagt sein sollte, so würden solche aus dem Zusammenhange gerissene Bemerkungen doch absolut nichts beweisen, namentlich nicht die Behauptung, daß die Herren Löwe und Kühne in doloser Weise minderwertige Lieferungen haben machen wollen. Das darf man doch wohl bis auf Weiteres noch annehmen, daß, wenn der Kriegsminister der Sache irgend welche Bedeutung beigelegt hätte, dieselbe nicht ohne Folge geblieben wäre. Zudem kann doch am allerbesten derjenige bezogen, welcher jener Unterhaltung beigewohnt hat.

Oberlieutenant Kühne: Die Sache geht mich persönlich an. Es ist für mich ein kolossaler Vorwurf, daß ich despektirlich über die Offiziere gesprochen haben soll! Ich habe in meiner militärischen Karriere sehr viel Glück gehabt, habe mich einer schnellen Beförderung erfreut und besitze viele Decorationen. Ich hätte also gar keinen Grund, mich despektirlich über die Offizierskarriere zu äußern. — Zeuge Löwe erklärt, daß damals seine

Firma nicht Gewehre, aber doch Maschinen an die verschiedenen Staaten geliefert habe.

Graf Hohenthal: Ob Herr Kühne oder ein anderer sich misachtend über die Offiziere geäußert hat, kann ich nicht sagen. Ich weiß nur, daß das Gespräch etwa in dem Sinne geführt wurde, wie der Zeuge Major Boh angegeben.

Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Er beschließt den Antrag auf Ladung des Generals v. Frankenberg abzulehnen, weil nach der Beweisaufnahme die Behauptung des Angeklagten als wahr angenommen wird: daß ein Gespräch in jener Weinstube stattgefunden hat, in welcher Äußerungen über den Offizierstand gefallen sind, sei es von Herrn Kühne oder von einem anderen. In betref des Gesprächs über Lieferungen nimmt der Gerichtshof an, da in dem Antrag nur gesagt ist, daß man sich über die Leichtigkeit, mit welcher eine Abnahme-Kommission getäuscht worden, unterhalten und damals eine Abnahme-Kommission für Löwische Gewehre noch nicht bestand, diese Sache nicht hierher gehöre.

Rechtsanwalt Munkel: Wenn diese Sachen als wahr unterstellt werden, so darf Herr Kühne das nicht auf sich sitzen lassen. Er bestreitet, jemals sich despektirlich über die Offiziere geäußert zu haben, und ich muß nunmehr den General von Frankenberg zum Beweise der Unwahrheit zu laden beantragen.

Sergeant Meier, der folgende Zeuge, ist zum Abnahme-Kommando kommandirt und beim Abschuß thätig gewesen. Gegen den Zeugen hat eine Untersuchung stattgefunden, weil er verurtheilt war, ein Gewehr zweimal beim Anschuß genommen zu haben. Die Untersuchung ist gegen ihn wieder eingestellt worden. Der Zeuge giebt die Möglichkeit an, bei der Sanelligkeit, mit der geschossen wurde, zweimal ein und dasselbe Gewehr ergriffen zu haben, es könnte dann aber nur ein Versetzen vorliegen.

Es folgt der Zeuge Hofrichter, der von der Firma Löwe u. Co. als Revisor bestimmter Gewehrtheile beschäftigt worden. Er behauptet, daß die Kammern durch die Bearbeitung an Güte des Materials verloren hätten und daß die Revision eine nicht so genaue war, wie sie in den königlichen Werkstätten gehandhabt werde. Der Werkmeister Schmidt habe ihm einen Spiegel gegeben, den er so gegen das Fenster stellte, daß er den Eingang der Fabrik übersehen konnte. Er mußte dann den Meistern anzeigen, daß ein Offizier oder ein königlicher Büchsenmacher sich näherte. Die Revisoren hätten bei der Feststellung von je 100 000 Gewehren von den Meistern Geldgeschenke von insgesamt 20 bis 30 M. erhalten und freies Bier hätten sie immer erhalten.

Werkmeister Schmidt tritt bei dieser Bemerkung des Zeugen vor und erklärt, daß die Revisoren diese Zuwendungen durch Betheile erzielt hätten. Bei Fertigstellung des hunderttausendsten Gewehres oder bestimmten Theiles derselben pflegten die Revisoren den Meistern einen Kranz zu spenden und diese sich dann durch Geldgeschenke zu revanchiren. Er habe dann den Meistern dies unterjagt.

Ueber diese Frage entspannt sich ein hitziges Wortgefecht zwischen den Arbeitern und den Meistern. Der Arbeiter Schulz behauptet, daß die Revisoren „für gutes Revidiren“ Geld und Bier bekommen hätten. Schulz und Hofrichter führen namentlich immer wieder eine ganze Reihe von Spezialia vor, aus welchen hervorgeht, daß bei der Revision und Fabrication unordentlich verfahren sei. Schulz behauptet, daß viele gravirende Mittheilungen ihm nur unter vier Augen gemacht worden seien. Er beschuldigt den Inspektor Burg direkt des Meineides. — Arbeiter Raahaus bittet die Berichterstatter zu bemerken, daß er nicht ein Werkarbeiter sei, wie er gesehen hingestellt worden und Arbeiter Hofrichter bestätigt ihm, daß er ein guter Arbeiter sei.

Verteidiger: Ich muß jetzt mir das Wort zu einem Antrage erbitten. Der Herr Erste Staatsanwalt Drescher hat unter wiederholter Bezug auf seinen „Klassischen“ Zeugen und Bundesgenossen, den Betteledakteur Saling mir zwar den Vorwurf gemacht, daß derartige Anträge auf Verschleppung hinzielen. Ich bin gegen solche Vorwürfe wehrlos, da ich nicht vom Präsidenten geschützt werde, aber ich lehne trotz dieser Vorwürfe unbeirrt meine Pflicht. Was ich jetzt vorlege, ist das Produkt der Arbeit der letzten Nacht, die Sondierung weniger wichtiger Daten von vielem Unwesentlichen, was mir zugegangen. Dabei ist von mit die Thatsache, daß der Angeklagte im Wahlkreise Friedeberg-Krönswalde mit 10 000 St. Majorität in den Reichstag gewählt ist und vielleicht dieser Reichstag von der Besugnis des Art. 31 der Verfassung Gebrauch macht, bei der Stellung des Bescheidantrages völlig außer Acht gelassen worden. Mich leitet nur das Bestreben, daß im Interesse des Vaterlandes Auskunft bis in die dunkelsten Schlupfwinkel geschaffen werde. Ich überreichte diese Anträge.

Erster Staatsanwalt Drescher: Ich darf mich wohl persönlich gegen einen persönlichen Angriff des Herrn Verteidigers wenden, der sich würdig anreicht den elenden Verdächtigungen, die hier in Massen gegen Beamte und Offiziere losgelassen werden. Die Herren sprechen immer von ihrer Hochachtung, die sie vor dem Offizierstande haben. Hier ist nichts davon zur Erscheinung gekommen, sondern nur Angriffe gegen die Offiziere. Das ist mir ein netter Patriotismus! Dann hat der Verteidiger von einem Betteledakteur gesprochen, den er als meinen „Bundesgenossen“ bezeichnet hat. Das ist ein so insamer Angriff, wie er wohl noch nie vor Gericht von einem Verteidiger unternommen ist. Ich habe im Gegentheil die Meinung, daß Herr Saling einen Meineid geleistet hat und habe noch an demselben Nachmittag das Verfahren gegen denselben eingeleitet. Und das ist mein „Bundesgenosse“!

Verteidiger: Trotz dieser Einleitung des Verfahrens ist der Erste Staatsanwalt Drescher auch im Laufe der Verhandlung auf diesen Zeugen mehrfach zurückgekommen.

Präs.: Ich nehme an, daß die Bemerkung „elende Verdächtigungen“ sich nicht auf den Verteidiger beziehen sollte.

Verteidiger: Das nehme ich zu Gunsten des Staatsanwalts auch an. Im übrigen erwidere ich demselben: „Vous vous êtes fâché, vous avez tort!“

Im Zuschauerraum ertönt ein lautes „Bravo!“ Präs.: Wer hat im Zuschauerraum „Bravo“ gerufen? — Verschiedene Stimmen aus dem Zuschauerraum: „Hier ist er!“ — Präs.: „Bringen Sie den Mann vor.“ Es wird ein Herr vorgeführt, der sich auf Verfragen als der in der Wisnarsstraße in Charlottenburg wohnhafte Kaufmann Gebhardt Felle zu erkennen giebt.

Präs.: Haben Sie „Bravo!“ gerufen? — Felle: Ja. — Präs.: Was soll das bedeuten? — Felle: Ich habe mir nichts dabei gedacht. — Präs.: Haben Sie nicht gehört, daß ich vorhin jeden mit Strafe bedrohte, der solche Unregelmäßigkeiten begeht? — Felle: Nein, ich war erst soeben eingetreten, ich kann es durch Zeugen beweisen. — Präs.: Herr Staatsanwalt stellen Sie einen Antrag? — Erster Staatsanwalt: Ich stelle anheim. — Der Gerichtshof zieht sich zur Berathung zurück. Das Ergebnis derselben ist, daß der Kaufmann Felle wegen Ungebühr zu 10 Mark Geldstrafe verurtheilt wird.

Hiernach wird der Antrag des Rechtsanwalts Munkel, den Generalleutnant v. Frankenberg zu laden, vom Gerichtshof abgelehnt.

Es folgen noch die beiden Zeugen Neugebauer und Tornow, welche bekunden, daß der Büchsenmacher Klett ihnen einmal den Stempel anvertraut habe, als er sich wegen Unwohlseins kurz vor Feierabend entfernen mußte. Es seien noch etwa 20 bereit durchgeschossene Gewehre zu stampeln gewesen. — Hiernach stattet Buchrevisor Löpfer Bericht über die Buchungen der Extra-Verdienste der Büchsenmacher.

Damit ist die Beweisaufnahme, soweit sie sich auf anwesende Zeugen erstreckt, erledigt.

(Fortsetzung in der 1. Beilage.)